

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

... und versündigen sich
fortgesetzt an Aufträgen
des Grundgesetzes.

Vor allem Politiker/innen verstoßen immer wieder
gegen Sozialstaatsauftrag des Grundgesetzes.

**Von Lothar Kindereit
Rottenburg**

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Inhalt

Einleitung	3
Steuerliche Belastungen	
Überblick/Zusammenhänge	5
Steuerbelastungen nach Steuerarten	6
Einkommen aus un-/selbständiger Arbeit	7
Unternehmerische Gewinnsituation	9
Steuer(un)gerechtigkeit	10
Steuerliche Betriebsprüfungen	11
Steuerbetrug und „Steuervermeidung“	14
Kapitalflucht	15
Daimler-Benz/DaimlerChrysler und ihre Spitzenmanager	16
Die Erbschaftssteuer	17
Finanzielle Kosten der Vereinigung Deutschlands	19
Korruption in Deutschland	20
„Privatliquidationserlöse“ in Baden-Württemberg	24
Ehrenamt Ortsvorsteher	25
Sozialpolitik	
Das Gesundheitswesen	27
Das gesellschaftliche Krebsgeschwür Namens Pharmaindustrie	29
Karl Lauterbach	30
Die missbrauchte „Demografie“	31
Folgen der Gesundheits“reformen“	32
Auf der Lösungssuche	
Für Steuerehrlichkeit und –gerechtigkeit streiten	32
Dem Gesundheitswesen „Gute Besserung!“	33
Allgemeine Finanzierungsstrukturen wieder auf eine gesunde Basis stellen.	34
Das Bildungswesen	35
Schlussbemerkungen	37
Schaubilder	
1	Anteile (%) ausgewählter Steuerarten am Gesamt-Steueraufkommen
2	Entwicklungen des Volkseinkommens (in jeweiligen Preisen) Index 1980=100
3	Das Volkseinkommen und seine Verteilung auf die gesellschaftlichen Gruppen (in Prozent)
4	Steuerliche Betriebsprüfungen: Erfasste und geprüfte Betriebe (abs. Zahlen)
5	Steuerliche Betriebsprüfungen in Deutschland: In ... Jahren mussten die Betriebe mit dem Besuch eines/r Betriebsprüfers/in rechnen
6	Kapitalflucht aus Deutschland in Mio. Euro
7	Erbschaftssteuer: Durchschnittssteuersatz (%) ausgewählter Erbschaftshöhen (Erbe: Kind) und Länder
8	Korruptions-Hitliste 2007: Die 20 besten Länder
9	Bruttolöhne und –gehälter je Arbeitnehmer/in in €, real, zum Preisniveau 2000
10	Gesundheitswesen – Einnahmen und Ausgaben in Mio. €
11	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler/in 2004 in Euro

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Einleitung

Die politisch Verantwortlichen sind verpflichtet, ihr Handeln darauf auszurichten, die Bundesrepublik Deutschland als sozialen Bundesstaat erkennen zu lassen: Artikel 20 (1) GG. „Sozialer Bundesstaat“ beinhaltet danach Normen und Regeln für die Bürger/innen, die als sozial ausgewogen, als der jeweiligen Situation angemessen betrachtet werden können. „Starke Schultern haben mehr als schwache Schultern zu tragen.“ zählt hierzu ebenfalls. Nicht Gruppeninteressen haben zu dominieren, sondern das politische Handeln und Gestalten hat sich an am gesamtgesellschaftlichen Interesse auszurichten.

Diese Grundsätze gelten auch für die Belastungen der Bürger/in durch Steuern, Gebühren oder Beiträge. Artikel 106 (3) Ziff. 2 GG beispielsweise schreibt ausdrücklich vor, die finanziellen „Deckungsbedürfnisse“ des Bundes und der Länder sind so aufeinander abzustimmen, dass „ein billiger Ausgleich erzielt, eine Überlastung der Steuerpflichtigen vermieden und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt wird.“

Die Rechtsprechung besonders des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) hat sich mit der Steuer(un)gerechtigkeit in dieser Republik wiederholt auseinandergesetzt und die Steuergerechtigkeit (Angemessenheit, Ausgewogenheit) im Sinne von Art. 106 (3) Ziff. 2 GG im Interesse des/r Steuern zahlenden Bürgers/in herausgearbeitet. Wie oft aber „übersah“ der Gesetzgeber die vom BVerfG insbesondere gesetzten Fristen, um Korrekturen an von ihm beschlossenen Gesetzen vorzunehmen?!

Gerade die Rechtsprechung des BVerfG betont seit Jahrzehnten den besonderen Charakter der Beiträge zur Sozialversicherung. Sie sind nicht eine andere Art von Steuern, sondern eben Beiträge mit Eigentumscharakter. Dieses Eigentum wird durch Art. 14 GG sowie diese Rechtsprechung besonders geschützt: der Gesetzgeber muss sich immer bewusst sein, dass er nicht über allgemeine Steuern befindet, sondern eben über diese Beiträge mit Eigentumscharakter. Deshalb gibt es in den Zweigen der Sozialversicherung schließlich die Selbstverwaltung, also die Vertreter/innen der Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen, die in eigener Verantwortung u. a. die Höhe der Beitragssätze festsetzen sollen.

Der Gesetzgeber hat diesen besonderen Eigentumscharakter der Beiträge ständig missachtet. Egal, aus welcher politischen Couleur sich eine Bundesregierung zusammensetzte, sie befand über die Gelder der Sozialversicherung wie über Steuergelder. Anhörungen von Verbänden etc. waren sehr oft reine Farce, in Einzelfällen (letzte Gesundheits“reform“) wurden gar nur die privaten Krankenversicherungen angehört. Finanzierungsschwierigkeiten in diesem oder jenem Zweig der Sozialversicherung wurden trotz konstruktiver Vorschläge beispielsweise des DGB und seiner Gewerkschaften als Repräsentanten der Versicherten (Eigentümer) per Leistungskürzungen oder Beitragserhöhungen geregelt.

Und obwohl die jeweilige „Reform“ fast immer mit dem Versprechen verbunden war, mit ihr würden akute Finanzierungsprobleme nachhaltig gelöst, war jede „Reform“, auch jede „Jahrhundertreform“, schnell überholt (man/frau denke nur an die vielen Gesundheits“reformen“ der letzten Jahre).

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Zur fast ständigen Missachtung der Eigentumsrechte durch den Gesetzgeber nur diese Beispiele:

- Das Bundesministerium für Arbeit bestand darauf, ihm den Haushaltsentwurf der Bundesagentur für Arbeit (BA) vorzulegen und ihn nur mit seiner Zustimmung verbindlich werden zu lassen.
- Das Bundesministerium für Arbeit verbot dem Vorstand der BA ebenfalls die Einholung eines Gutachtens zur Klärung der Frage der Zulässigkeit des Aussteuerungsbetrages nach § 46 (4) SGB II.

Dass § 46 (4) SGB II verfassungsrechtlich bedenklich ist, ist klar, denn die BA darf nicht mit Beitragsgeldern von mehr als 10.000 € je Langzeitarbeitslosen für nicht mögliche Vermittlungen bestraft werden. Schließlich ist gewiss die BA nicht schuldig daran, dass nicht ausreichend viele Arbeitsangebote zur Vermittlung zur Verfügung stehen. Nachgewiesenes schuldhaftes Verhalten aber ist in unserem Rechtssystem immer Voraussetzung für eine straf- oder schadensersatzrechtliche Ahndung.

Die Gebote sozialer Ausgewogenheit, der Angemessenheit, der Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger wurden nachhaltig verletzt. Die Bundesregierungen und der Deutsche Bundestag haben die Verhältnismäßigkeit der Mittel wiederholt ignoriert und die Bürgerinnen und Bürger erheblich ungleichmäßig belastet.

Alles in allem haben es die liberalen bis neoliberalen Kräfte in dieser Gesellschaft binnen weniger Jahre geschafft, die nach 1945 geschaffenen Ansätze eines sozialen Rechtsstaates binnen weniger Jahre zu zerschlagen. Mit den Argumenten, Deutschland sei seiner hohen Löhne (von Gehältern oder gar Managerbezügen war nie die Rede) international nicht wettbewerbsfähig, wir hätten zuviel Urlaub, zu viele Feiertage, ein zu starres Kündigungsrecht usw. fanden sie „Volksvertreter/innen“, die sich einwickeln ließen und die relativ bescheidenen Erfolge im Sinne eines Sozialstaates konsequent kippten.

Selbstredend war auch der Staat zu mächtig, hatte zuviel Einfluss. Und so wurden im öffentlichen Dienst massiv Stellen gestrichen, vieles privatisiert. „Weniger Staat!“ war gängige Parole. Kommt es zu Skandalen, wird der Staat beschimpft, er sei nicht schnell und/oder qualifiziert genug, um - beispielsweise – Gammelfleisch oder vergiftetes Spielzeug (aus China) zu finden und aus den Kaufregalen verschwinden zu lassen. Vor allem sei der Staat – dem man vorher den Personalabbau verordnete, nicht in der Lage, solche Skandale zu vermeiden. ... Inzwischen hat er so wenig Personal, dass in großem Rahmen extern Gutachten für teures Steuergeld eingeholt werden müssen.

Die „Süddeutsche Zeitung“ titelte am 14.6.2007:

„Ausgabenquote sinkt auf niedrigsten Stand seit 1990

Einfluss des Staates schwindet

Deutschland nahezu auf dem Niveau Großbritanniens“

und verwies auf eine entsprechende Untersuchung des Bundesfinanzministeriums. Gegenüber dem Spitzenjahr 1996 sei die Staatsausgabenquote um fast vier Prozent zurückgegangen. Nur noch Irland, Spanien und Luxemburg hätten niedrigere Quoten als wir. „Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten“ hatte Herbert Wehner einmal geäußert. Stimmt. Und wann wachen die betroffenen Schwachen auf?

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Um Fehlinterpretationen vorzubeugen: Der Verfasser weiß sehr wohl, dass auch in einem Sozialstaat nur das verteilt werden kann, was vorher erarbeitet wurde. Die wesentliche Frage ist aber die der Verteilung der erarbeiteten Werte: wem gebe ich wie viel zu welchen Bedingungen?! Das Handeln in *meinem* Sozialstaat hat sich dabei nicht am „Ich“, sondern am „Wir“ als Gemeinschaft vieler (gleichwertiger sowie gleichberechtigter!) Menschen zu orientieren.

Mit dieser Arbeit wird aufgezeigt, dass das Soziale in dieser Republik in der Tat auf dem Rückmarsch ist. Schlimm dabei besonders, dass nicht nur die Reichen für ihre Interessen erfolgreich arbeiteten, sondern ausgerechnet in den Politikern/innen in Regierung und Parlament beste Wegbereiter fanden und finden. Ihr Fehlverhalten, ihr Verhalten gegen die Aufträge des Grundgesetzes, ist schwergewichtiges Thema dieser Ausarbeitung.

Steuerliche Belastungen

Überblick/Zusammenhänge

Um die wirklichen steuerlichen Belastungen in Deutschland besser einordnen zu können, zunächst ein Blick auf die Steuer- und Abgabenquoten im internationalen Vergleich (ausgewählter Länder):

Steuern in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP)

Land	1970	1980	1990	2000	2005	Land
<i>Deutschland</i>	22,5	24,6	22,3	22,7	20,8	<i>Deutschland</i>
Frankreich	21,5	23,1	23,6	28,4	28,0	Frankreich
Italien	16,0	18,4	25,4	30,2	28,4	Italien
Japan	15,5	17,8	21,4	17,2	15,8	Japan
Norwegen	28,9	33,5	30,6	34,0	36,0	Norwegen
Schweden	32,5	33,4	38,4	38,7	36,8	Schweden
Schweiz	16,6	19,4	19,9	23,1	22,9	Schweiz
Großbritannien	31,9	29,3	30,3	30,9	30,2	Großbritannien
USA	22,7	20,6	20,5	23,0	20,2	USA

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berlin (OECD-Revenue Statistics 1965-2005, Paris 2006)

Abgabenquoten (Steuern und Sozialabgaben) in Prozent des BIP

Land	1970	1980	1990	2000	2005	Land
<i>Deutschland</i>	32,3	37,5	35,7	37,2	34,7	<i>Deutschland</i>
Frankreich	33,7	40,2	42,2	44,4	44,3	Frankreich
Italien	25,7	29,7	37,8	42,3	41,0	Italien
Japan	19,6	25,4	29,1	27,1	-	Japan
Norwegen	34,4	42,5	41,5	43,0	45,0	Norwegen
Schweden	38,2	46,9	52,7	53,4	51,1	Schweden
Schweiz	19,8	25,3	26,0	30,5	30,0	Schweiz
Großbritannien	37,0	35,2	36,5	37,2	37,2	Großbritannien
USA	27,0	26,4	27,3	29,9	26,8	USA

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berlin (OECD-Revenue Statistics 1965-2005, Paris 2006)

Fakt ist, die nominalen Steuersätze sind in Deutschland zwar relativ hoch. Durch alle möglichen „Freibeträge“ und vielfältiger Möglichkeiten der Abschreibungen aber sind sie im internationalen Vergleich tatsächlich im unteren Bereich wieder zu finden, verstärkt durch gesetzliche Maßnahmen der letzten Jahre. Deutschland war uns ist für Reiche ein Steuerparadies.

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Steuerbelastungen nach Steuerarten

„Wer finanziert diesen Staat eigentlich noch?“ ist keine rein rhetorische Frage: Deutlich wird, Lohn- und Umsatzsteuer sind die finanziellen Stützen des staatlichen Finanzierungssystems. Zur Jahrtausendwende erst erlangten am Gesamtsteueraufkommen die Umsatzsteuern einen höheren Wert als die Lohnsteuern. Wichtig hierbei, dass die Umsatzsteuer geringer Verdienende relativ stärker als Besserverdienende trifft. Die Steuern der Besserverdienenden dagegen nahmen am Gesamtsteueraufkommen über die Jahrzehnte anteilig ab (dazu die folgende Tabelle [Auszug aus einer größeren, vorhandenen Zeitreihe] sowie Schaubild 1).

Steueranteile ausgewählter Steuerarten am Gesamtsteueraufkommen (in Prozent)

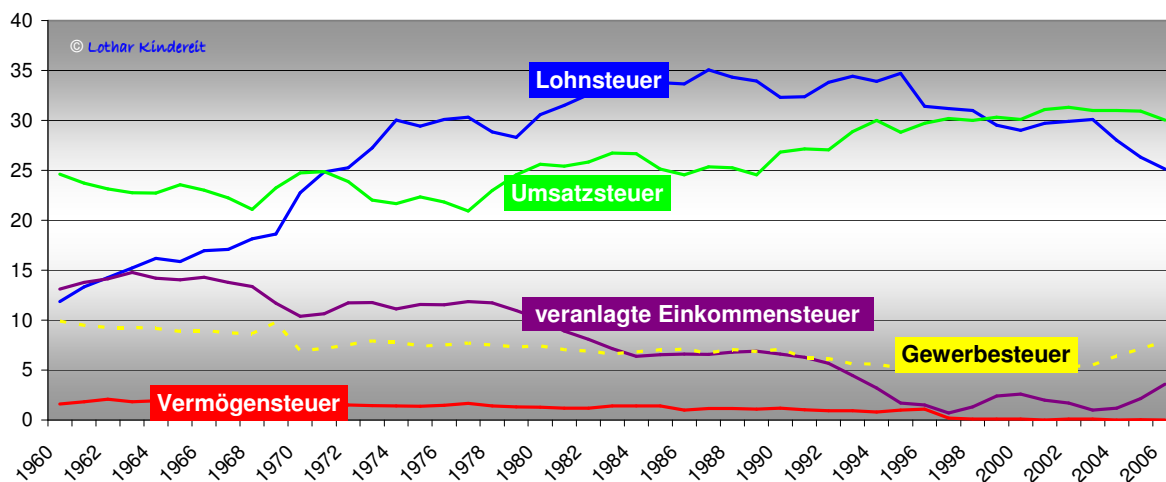
Jahr	Lohnsteuer	Veranlagte Einkommensteuer	Umsatzsteuern	Vermögenssteuer	Gewerbesteuer
1960	11,8	13,1	24,6	1,6	9,9
1980	30,6	10,1	25,6	1,3	7,4
2000	29,0	2,6	30,1	0,1	5,8
2006	25,1	3,6	30,0	0,0	7,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Ref. I A6, Bonn.

Zwischenruf: Durch die Steuerreformen der letzten zwanzig Jahre profitierten die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen deutlich stärker als die aus unselbständiger Arbeit. Selbst die Deutsche Bundesbank stellte dazu fest, 2003 waren von einem Durchschnittsverdiener (West) „mit fast 64% gut elf Prozentpunkte mehr als im Jahr 1990 an den Fiskus abzuführen. ... Die Grenzabgabenbelastung für Spitzenverdiener

Schaubild 1

Anteile (%) ausgewählter Steuerarten am Gesamt-Steueraufkommen.



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bonn.

hat sich dagegen durch die verschiedenen Steuersenkungen mit gut 51% im Jahr 2003 etwas gegenüber dem Niveau von 1990 verringert.“¹ Folge daraus ist u. a.,

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

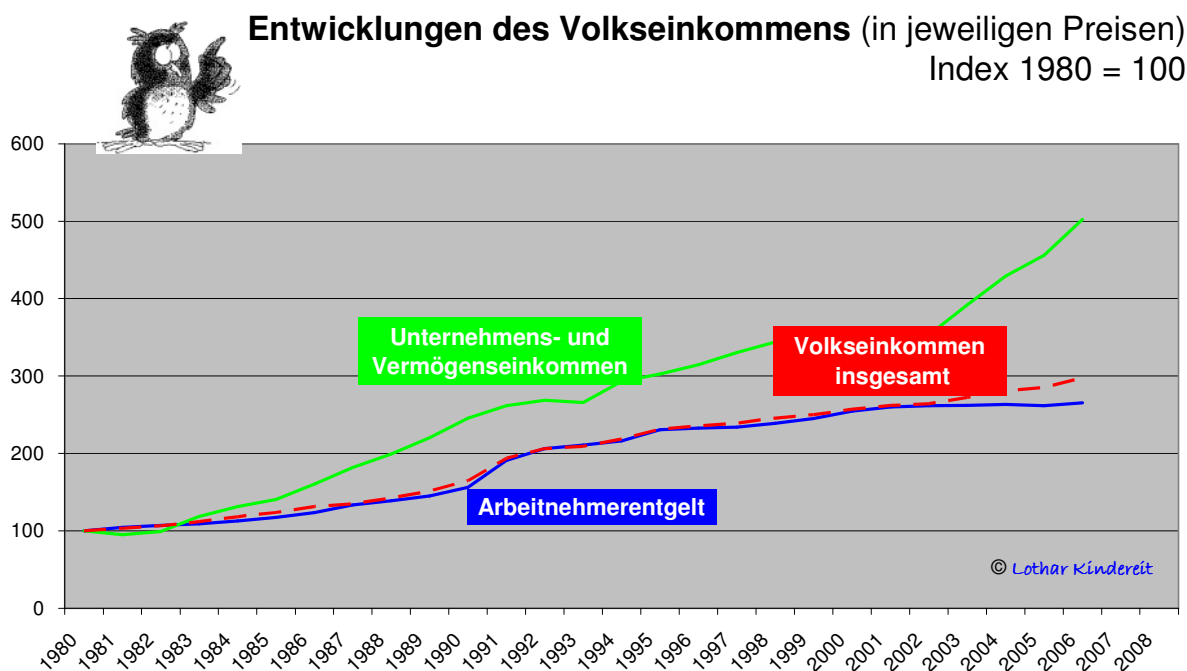
dass der Staat schwächer wurde, die öffentlichen Aufgaben zunehmend zu Lasten der schwächeren Schultern, also der Arbeitnehmerschaft, finanziert wurden und werden. Ein Trendwechsel wurde selbst unter der rosa-grünen Bundesregierung Schröder/Fischer nicht sichtbar, schon gar nicht unter der Großen Koalition (siehe beispielhaft die letzten „Reformen“ im Gesundheitswesen oder der Unternehmenssteuer). Eine Beseitigung der ungleichen Steuerlasten in Form stärkerer Lasten für stärkere Schultern, etwa bei der Vermögenssteuer und der Erhöhung der Erbschaftssteuer (in den USA ist sie drei Mal höher als bei uns, Frankreich und Großbritannien erheben die Erbschaftssteuer ebenfalls konsequenter und erheblich höher als Deutschland), wäre eine angemessene Antwort. Aber der zwischen CDU/CSU und SPD vereinbarte Kompromiss vom 5. November 2007 ändert wieder nichts Grundsätzliches, bestärkt das bereits bestehende Steuerparadies Deutschland.

Einkommen aus un-/selbständiger Arbeit

Die Schere zwischen Arbeitnehmer/inneneinkommen und Unternehmens- und Vermögenseinkommen öffnete sich seit 1980 gewaltig. Stiegen die Arbeitnehmerentgelte seither um das 4,5-fache, kletterten die Unternehmens- und Vermögenseinkommen bis 2005 um das 5,6-fache. Hierbei ist besonders zu bedenken, von welcher Einkommenshöhe ausgegangen wurde.

Die Betriebsüberschüsse (Gewinne) der Kapitalgesellschaften stiegen von 1991 bis 2002 um knappe 60%. Die Umsatzrenditen verbesserten sich in den letzten Jahren nachhaltig (nach Unternehmensgrößen unterschiedlich: während die großen exportorientierten Unternehmen ihre Gewinne stark ausweiteten, verschlechterte sich die Gewinn-/Ertragslage der von der Binnennachfrage abhängigen klein- und mittelständischen Unternehmen).²

Schaubild 2



Quelle: Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen.

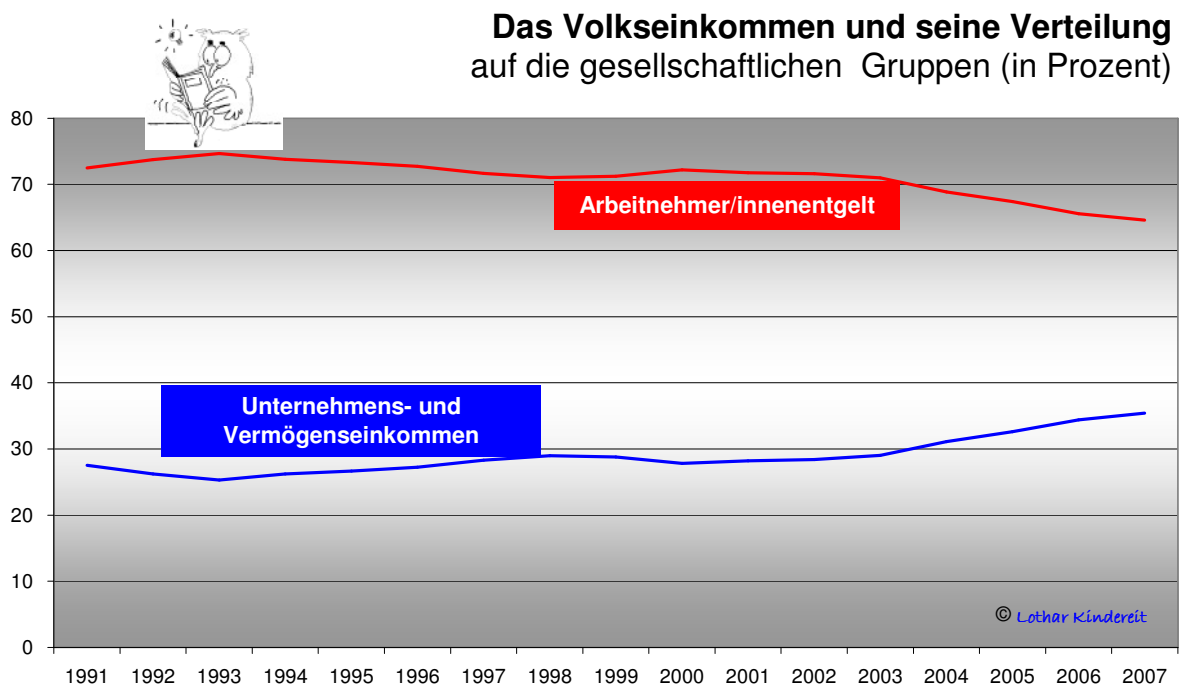
... und versündigt sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Die Netto-Umsatzrendite 2002 der Pharmaindustrie betrug 2001 stolze 10,1% (eine Traumquote nicht nur für den Einzelhandel); sie hat sich durch die zwischenzeitliche Gesundheits“reform“ jedenfalls nicht verschlechtert.

Die pro Jahr gemeinsam erarbeiteten Werte, das Bruttoinlandsprodukt (BIP), nahmen nach den Angaben der Deutschen Bundesbank von Jahr zu Jahr zu. Ihre Verteilung zwischen den so genannten Arbeitnehmern und den so genannten Arbeitgebern aber verlief sehr unterschiedlich – einseitig zum Vorteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, wie die Schaubilder 2 und 3 belegen. Diese Daten veröffentlicht die Deutsche Bundesbank monatlich, sind also auch den Politikern/innen jederzeit zugänglich.

An den Zynismus, bei den Tarifverhandlungen für Löhne/Gehälter Nullrunden oder nur sehr geringe Steigerungen zuzumuten, andererseits selber aber kräftig zuzulangen, sei hier nur erinnert. DaimlerChrysler-Chef Schrempp kam von 1,6 Mio. DM Jahreseinkommen auf 10,8 Mi. € (in 2002); SAP-Chef Kagermann kassierte 2002 immerhin 7,5 Mio. €, Vorstandssprecher Ackermann von der Deutschen Bank erhält jährliche Bezüge von 7,0 Mio. €³, ... (auf die Zusatzleistungen „Optionsscheine auf Aktien“ des Unternehmens wird hier nicht eingegangen).

Schaubild 3



Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.; eigene Berechnungen.

Und es gibt immer noch etwas mehr. So seien die Abfindungen erwähnt, die die Spitzenmanager erhalten, wenn sie aus einem Betrieb ausscheiden. Esser Mannesmann ist hinreichend bekannt. Der Chef der Citigroup, Charles Prince, war verantwortlich dafür, dass der größte US-Finanzkonzern sich bei den Hypothekenkrediten für den Wohnungsbau total verhub und nach gegenwärtigem Stand 17 Milliarden \$ (kein Schreibfehler: Milliarden) Wertverluste abschreiben muss (*Südwest Presse*, Wirtschaft, 6.11.07). Anderen Geldhäusern und ihren Spitzenmanagements geht es in dieser us-amerikanischen Bankenkrise nicht besser. Kluge deutsche Banker lei-

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

den persönlich nicht, obwohl sie die Gelder ihrer deutschen Kunden ebenfalls in diese us-amerikanische Risikogeschäfte pumpten.

Wer hat, dem wird gegeben

Die Einkommensschere in Deutschland ist in den letzten Jahren im internationalen Vergleich über durchschnittlich weit auseinander gegangen. Nach einem ... Beschäftigungsausblick der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) verdienten die Spitzenkräfte im Jahr 2005 im Schnitt 3,1-mal so viel wie die zehn Prozent mit den niedrigsten Löhnen. 1995 waren es nur 2,8-mal so viel. In Frankreich, Finnland, Japan, Schweden und den Niederlanden habe sich die Lohnschere in diesem Zeitraum dagegen kaum geöffnet. In Spanien und Irland seien die Löhne für Geringverdiener sogar schneller gewachsen als für Spitzenkräfte, erklärte die OECD. Zugleich sank der Anteil der Löhne an der Wirtschaftsleistung in Deutschland überdurchschnittlich schnell – von 59,8 auf 56,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. ...

Süddeutsche Zeitung (Wirtschaftsteil), 20. Juni 2007

Dieser Bericht spricht für sich, bedarf keines weiteren Kommentars.

Shareholder value dominiert eben nach wie vor, in den USA oder hier. Das Gewinnstreben bleibt offensichtlich alleiniger Motor des Denkens und Handelns von Managern und Politikern/innen.

Es ist pervers. Richtet ein abhängig Beschäftigter an einer Maschine einen Schaden an, wird alles daran gesetzt, von diesem Beschäftigten Schadensersatz zu erhalten. Gegebenenfalls muss er arbeitsrechtlich noch mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses rechnen. Verlangt ein Chef von einem Lkw-Fahrer, dass dieser trotz abgefahrener Reifen fährt, kann das ebenfalls straf- und auch arbeitsrechtliche Konsequenzen für den Fahrer und nicht den Chef haben; der Fahrer zahlt das Strafmandat und bekommt seine Punkte in Flensburg.

Unsere hoch dotierten Manager aber bekommen für die von ihnen zu verantwortenden Verluste und für verloren gehende Arbeitsplätze noch einen versüßten Abgang – im Falle des Citigroup-Chef Prince mit bescheidenen 100 Millionen \$ in bar plus Aktienoptionen (*Südwest Presse*, Wirtschaft, 6.11.07). Okay, dies spielte sich in den USA und nicht in Deutschland ab. Allerdings, unsere Manager versäumen zwar auch, hier entwickelte Erfindungen in wirtschaftlichen Erfolg umzusetzen (Fax, MP3 u. v. a.), hinsichtlich ihrer Bezüge aber orientieren sie sich absolut an der shareholder value-Mentalität der USA. Esser, Schrempp, Ackermann u. a. beweisen oder beweisen hinsichtlich der Höhe ihrer Bezüge oder Abfindungen dieses USA-„Niveau“.

Für diese Arbeit aber noch einmal. Der Gesetzgeber weiß von all diesen Dingen. Bisher schaffte er es dennoch nicht einmal, allen Managern/innen aufzuerlegen, die Höhe ihrer Bezüge aus ihren hauptberuflichen Tätigkeiten offen zu legen.

Unternehmerische Gewinnsituation

In seiner Reihe „Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik“ veröffentlichte der **DGB** im Dezember 2005 den „Verteilungsbericht 2005“. Daraus diese Passagen:

- „Die Bruttolohnquote sank im ... Zeitraum 1993 bis 2004 von 59,7 % auf 55,8 %. Die Nettolohnquote am Volkseinkommen sank in dieser Zeit von 40,9 % (1993) auf 36,7 % im Jahr 2004.“ (S. 10)

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

- Beim Blick auf die Entwicklung der Größen Gewinne und Arbeitnehmerentgelt seit 1991 „erweist sich, dass die Privaten Gewinne und Vermögenseinkommen bis einschließlich 2004 real mit 22,1 % etwa doppelt so stark gestiegen sind wie die Arbeitnehmerentgelte = Arbeitskosten (mit nur 10,7 %).“ (S. 19)
- Während sich die Gewinne der Einzelunternehmen und Selbständigen (private Haushalte) seit 1991 nur um + 0,2 % entwickelten und teilweise einen existenzgefährdender Rückgang der Betriebsüberschüsse vor allem in den Jahren 1997 bis 2001 erfolgte (S. 26), verzeichneten die Kapitalgesellschaften explosionsartige Gewinne: „Während die Arbeitseinkommen und die Gewinne der Einzelunternehmen und Selbständigen 2004 preisbereinigt kaum größer waren als 1991, vermehrten sich die Operativen Gewinne der Kapitalgesellschaften von 1991 bis 2004 *real (!) um insgesamt 50,2%*“ ... „Von 1993 bis 2004 stiegen ihre Betriebsüberschüsse kometenhaft von 390 auf 525 Mrd. Euro (in Preisen von 2004), d. h. um fast siebzig Prozent!“ (S. 28)

Die Berichte der Deutschen Bundesbank (DBk) zur unternehmerischen Vermögensbildung und Eigenfinanzierung belegen deren hohe Eigenkapitaldecke (DBk, Monatsberichte, beispielsweise 6/2005, S. 15 und 22) und damit gute Liquidität.

Woher dies kommt? Sicher hat diese Entwicklung mehrere Faktoren. Einer aber ist die Steuerpolitik der Bundesregierungen dieser Jahre. Auch darauf weist nicht nur die Deutsche Bundesbank wiederholt hin.

Steuer(un)gerechtigkeit

Das Grundgesetz schreibt zwar allen politisch Verantwortlichen vor, das Finanzrecht so zu gestalten, dass „eine Überbelastung der Steuerpflichtigen vermieden und die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt wird.“⁴ Die bundesrepublikanische Wirklichkeit aber verdeutlicht dieses Beispiel der Besteuerung im Jahr 2003:

Bei jeweils 50.000 € Geldeinnahmen betragen die Abgaben nach Einkommensarten einer/s Alleinstehenden

- **Arbeitseinkommen** (Lohn/Gehalt)

Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag	13.786 €	
Sozialversicherungsbeiträge	9.812 €	23.598 €
- **Zinsen aus Sparguthaben**

Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag		14.461 €
--	--	----------
- **Erbschaft**

Erbschaftssteuer von 17% (nicht verwandt)		5.865 €
---	--	---------
- **Kursgewinne aus Aktienverkäufen**

Einkommensteuer		
- bei einer Haltedauer unter 12 Monaten		5.005 €
- bei einer Haltedauer von über 12 Monaten		steuerfrei

Eine „Strafsteuer auf Arbeit“ überschrieb DER SPIEGEL diese Übersicht treffend.⁵

Das Bundesverfassungsgericht entschied in seinem Urteil zur Zinsbesteuerung 1991: Hat der Gesetzgeber eine Vorschrift so kompliziert geregelt, dass sie deshalb in der Praxis nicht durchgesetzt werden kann, ist sie verfassungswidrig und damit

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

rechtsunwirksam. Seine Begründung: In solchen Fällen ist keine Gleichbehandlung aller Steuerpflichtigen möglich (sie ist aber Voraussetzung für ihre Wirksamkeit).⁶

Konsequent entschied der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts im November 2003 erneut, die Besteuerung von Gewinnen aus dem Verkauf von Wertpapieren sei verfassungswidrig, weil die Finanzbehörden wegen des Bankgeheimnisses nicht über taugliche, funktionsfähige Kontrollinstrumente verfügten; so würden nur die ehrlichen Steuerzahler/innen zur Kasse gebeten, was gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoße.⁷

Mit seinen Möglichkeiten trägt das Bundesverfassungsgericht also dazu bei, die schreiende Steuerungerechtigkeit anzuprangern. Hat sich dadurch etwas nachhaltig verbessert? Alle Vorschläge zu einer Steuerreform (nicht nur die von Paul Kirchhoff) erfahren durch die politisch Verantwortlichen/Zuständigen diese Behandlung: sich aktiv an der öffentlichen Diskussion beteiligen, Bedenken zu den Finanzierungsmöglichkeiten durch die Beamten der Finanzministerien errechnen lassen und dann schweigen. So ist bisher jedwede wirkliche Steuerreform (selbst wenn es nur um die Vereinfachung des Steuerrechts ging) verhindert worden.

Steuerliche Betriebsprüfungen⁸

Arbeitnehmer/innen werden ihre Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge vom Arbeitgeber/in Monat für Monat auf den Cent genau abgezogen. Werden diese Steuern nicht an das Finanzamt abgeführt, bleiben die Arbeitnehmer/innen „Steuerschuldner“, müssen ggf. sogar doppelt zahlen.

Im Rechtsstaat Deutschland, unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger, müssten die Unternehmen in ähnlicher Weise wie die abhängig Beschäftigten korrekt Steuern zahlen und dabei überprüft werden. Schön wär's ja. Die Realität ist eine extrem andere (Tabelle und Schaubilder 4 und 5). Im Durchschnitt werden die deutschen Unternehmen noch etwa alle 35 Jahre (!) von einem Betriebsprüfer oder einer Betriebsprüferin beehrt, Großbetriebe im Abstand von gut vier Jahren, Mittelbetriebe etwa alle 12 Jahre und Klein(st)betriebe alle 50 Jahre (die Aufbewahrungsfristen von Unterlagen/Belegen betragen in der Regel 10 Jahre). Früher kamen die Betriebsprüfer/innen in kürzeren Abständen zur Überprüfung (heute werden die Betriebe „beraten“), beispielsweise 1980 im Durchschnitt alle 16 Jahre, heute (2006) alle 35 Jahre.

Und erfolgreich arbeiten sie ebenfalls. In den letzten Jahren erbrachte ein/e eingesetzte/r Betriebsprüfer/in durchschnittlich mehr als eine Million Euro „Mehrsteuern“ wegen nicht korrekt abgeführter Steuern (seit 2006 wird nur noch die Zahl der vorhandenen Prüfer ausgewiesen, wodurch der Durchschnittsertrag knapp unter 1 Mio. € pro Prüfer/in rutschte. Bundesweit trugen sie jedenfalls jährlich gut 13 Milliarden €⁹ zusammen – alles „Mehrsteuern“, die die Unternehmen unberechtigt nicht abgeführt hatten. Steuerehrlichkeit? Steuergerechtigkeit? Trotz Steuerberater/innen nur Unkenntnis über das geltende Recht? Und der Gesetzgeber schaut zu (oder akzeptiert den mehr als ungunstigen Zustand, denn dieses mangelhafte Betriebsprüfungssystem erfuhr in 2006 sogar noch eine Personalreduzierung.

... und versündigt sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Leben und Arbeiten in Deutschland.

Steuerliche Betriebsprüfungen

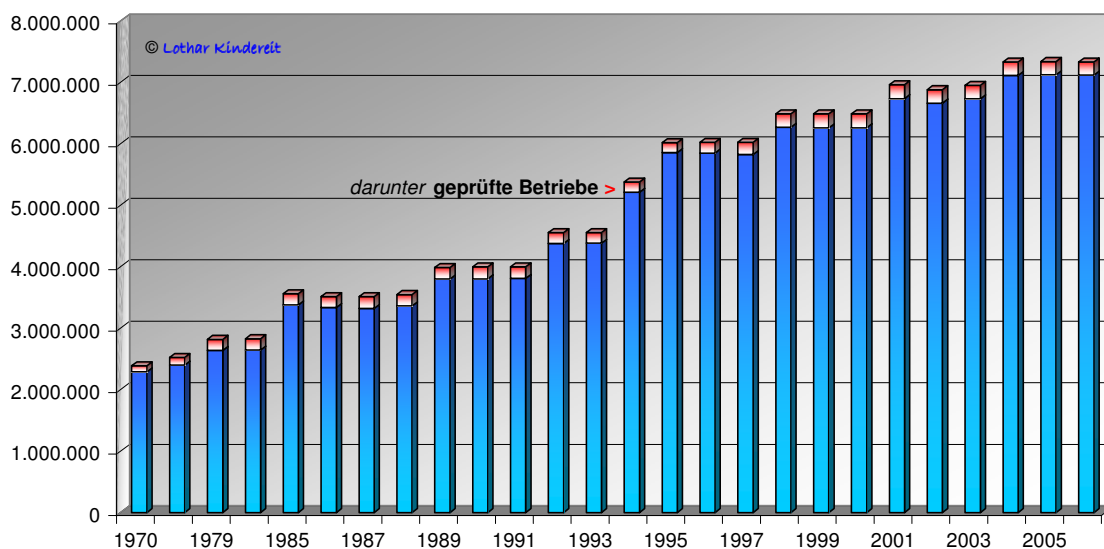
Jahr	geprüfte Betriebe		Prüfungsturnus (alle ... Jahre)			
	ab- solut	% gem. Betriebe	Groß-	Mittel-	Klein(st)-	ins- gesamt
			betriebe			
1	2	3	4	5	6	7
1970	101.464	4,2	4,5	10,4	59,8	23,5
1980	182.421	6,5	4,0	7,9	30,3	15,5
1990	195.813	4,9	4,1	9,7	32,0	20,4
2000	224.683	3,5	4,4	11,2	46,7	28,9
2006	212.823	2,9	4,4	13,3	55,5	34,4

Jahr	Mehr- steuern in Mio. €	Betriebsprüfer/ -innen		Mehrsteu- ern je Betriebs- prüfer/in in €
	ins- gesamt	vor- handene	ein- gesetzte	ab- solut
8	9	10	11	12
1970	1.084	5.683	.	190.725
1980	3.558	9.031	.	393.932
1990	5.896	11.448	9.189	511.067
2000	13.726	14.969	11.106	917.002
2006	13.412	13.492	.	994.071

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Dienststelle Bonn.

Schaubild 4

Steuerliche Betriebsprüfungen
Erfasste und geprüfte Betriebe (absolute Zahlen)

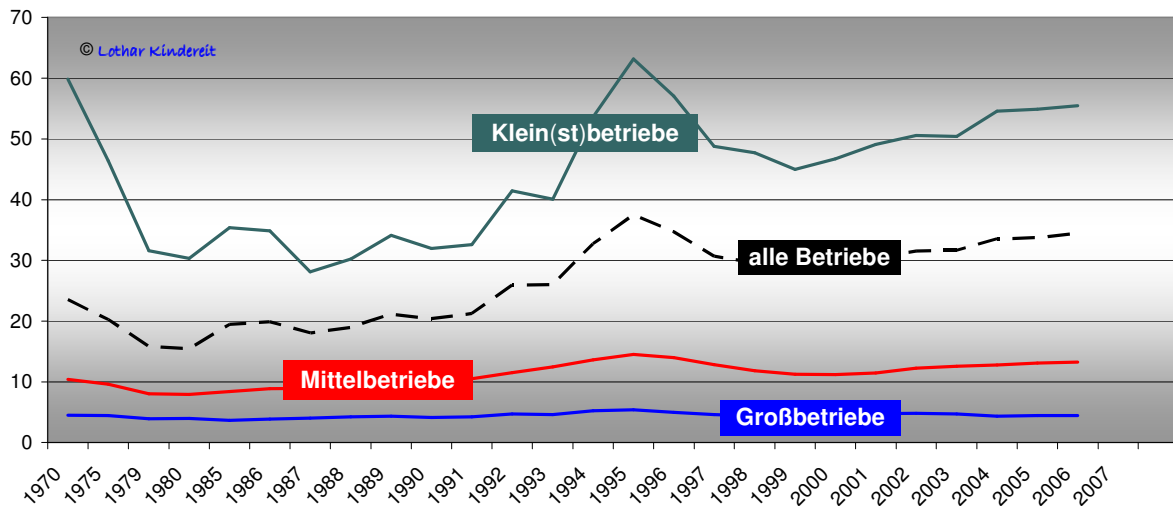


Quelle: Bundesministerium der Finanzen; eigene Berechnungen.

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Schaubild 5

Steuerliche Betriebsprüfungen in Deutschland: In ... Jahren mussten die Betriebe mit dem Besuch eines/r Betriebsprüfers/in rechnen.



Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Bonn; eigene Berechnungen.

Ministerpräsident Erwin Teufel, CDU, lehnte es ab, mehr Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer einzusetzen, „weil ich grundsätzlich den Bürgern unseres Landes und auch den mittelständischen Unternehmern unseres Landes Steuerehrlichkeit zubillige und nicht hinter jeden einen Kontrolleur stellen möchte.“^{10 + 11} Eine zynische Antwort, weil er es besser wusste und ansonsten totale Kontrolle zu einem totalitären Staat passt, hier nur ein wenig mehr Gleichbehandlung bei den Steuerabgaben erwartet/verlangt wurde.

Oder: Landespolitiker erklärten mir,

- wenn Baden-Württemberg dieses System der betrieblichen Prüfungen verschärfte, würde es sich zu einem negativen Standortthema entwickeln – Betrieb würden in weniger scharf kontrollierende Länder ausweichen;
- warum soll Baden-Württemberg sich hier anstrengen, die Mehrsteuern flößen in den Finanzausgleich, wovon Baden-Württemberg nichts habe.

Dass diese Positionen krass „unpolitisch“ sind und in eklatantem Gegensatz zum Auftrag des Art. 104a (5) GG stehen, wonach Bund und Länder zueinander „für eine ordnungsgemäße Verwaltung“ haften, ignorieren solche Antworten doch sicher nicht unbewusst.

Einem Betriebsprüfer aus Fürth wurde seine mehrfach bescheinigte hohe fachliche Qualifikation zum Verhängnis. Er brachte dem Staat mit der halben Zahl von Prüfungsfällen mehr als der Durchschnitt seiner Berufskollegen/innen mit doppelten Fallzahlen an Geld – „Mehrsteuern“ – ein. Und genau hier lag der Hase im Pfeffer: weil er pflichtbewusst gründlich prüfte, eckte er nicht etwa bei den von ihm geprüften Betrieben an, sondern bei seinen Vorgesetzten. „Quantität vor Qualität“ wurde ihm abverlangt – lieber oberflächlich arbeiten, dafür aber durch mehr geprüfte Betriebe die Statistik schönen. Dieser Anspruch der Finanzdirektion Nürnberg wurde im Bayerischen Landtag vom Staatssekretär des Finanzministeriums gedeckt.¹²

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Fachleute gehen übrigens davon aus, mit dem bestehenden System der steuerlichen Betriebsprüfungen werden nur etwa 10% der möglichen Mehrsteuern erfasst. Welches Steuerparadies auf Erden – für Selbstständige, Unternehmen! Welche wissenschaftlichen Missachtung geltenden Rechts des Grundgesetzes durch die Legislative sowie Exekutive.

Steuerbetrug und „Steuervermeidung“.

Der Rechnungshof Baden-Württemberg erörtert in seinen jährlichen *Denkschriften* immer wieder Fälle von Steuerhinterziehung und großzügiger Reaktion der Finanzverwaltung. Beim Lesen dieser Berichte steigt dem brav Steuern zahlenden Bürger die Zornesröte ins Gesicht. Ein Schelm, der glaubt, die Landesregierung Baden-Württemberg hätte die Hinweise dankbar aufgegriffen und wenigstens einiges nachhaltig geändert (siehe beispielhaft die Kritik des Bundesrechnungshofes an der Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landesbehörden¹³).

Einen klassischen und beeindruckenden Bericht über die – zurückhaltend ausgedrückt – Unzulänglichkeiten unseres Steuersystems gibt die Denkschrift 1997. So heißt es dort im Vorspann ganz bescheiden:

„Die effektive Belastung der positiven Einkünfte ist erheblich niedriger als die hohen formalen Steuersätze erwarten lassen. Hochgerechnet haben ‚steuer-technische‘ Verluste in den Jahren 1990 bis 1994 landesweit zu einer Steuerminderung im Milliardenbereich geführt.“¹⁴

Mit zig Einzelbeispielen wird dargelegt, wie Reiche ihr Geld (un)sinnig anlegen, vom Staat dabei gefördert werden bzw. wie lax dieser Staat (das Land Baden-Württemberg) und seine Finanzverwaltung im Falle von Steuerhinterziehung oder -betrug reagieren: Je höher die Einkommen sind, umso häufiger werden Verluste steuerlich geltend gemacht: 55% der Einkommensmillionäre reklamierten erhebliche Verluste, um ihre Steuern zu mindern.¹⁵ Während sich die Einkünfte absolut und je Steuerpflichtige/n im Untersuchungszeitraum 1990 bis 1993 „relativ geringfügig veränderten, erhöhte sich der Betrag der negativen Einkünfte (der geltend gemachten Verluste – d. V.) in demselben Zeitraum auf mehr als das Dreifache.“¹⁶ Wer seinen Adrenalinpiegel etwas erhöhen möchte, sollte diese Denkschrift lesen.

Der Bericht des Bundesrechnungshofes „Steuerausfälle bei der Umsatzsteuer durch Steuerbetrug und Steuervermeidung – Vorschläge an den Gesetzgeber“¹⁷ ist ein schlagendes Beispiel dafür, wie marode diese Gesellschaft längst¹⁸ ist. Längst, denn die dort beschriebenen Beispiele – Innergemeinschaftlicher Karussellbetrug (also innerhalb der EU), Kettenbetrug im Baugewerbe, Umsatzsteuer in der Insolvenz, Leasing und Mietkauf, „Globalzession“ im Kreditgeschäft etc. - sind eben seit vielen, vielen Jahren bekannt, dennoch nicht nachhaltig bekämpft worden. Allein für den Bereich der Umsatzsteuer geht es um ein „Betrugspotenzial“ – auf der Umsatzsteuerseite um 553 Mrd. €, auf der Vorsteuerseite um 446 Mrd. € - von nicht mehr und nicht weniger als einer runden Billion Euro, also „Beträge, die größer sind als der Bundeshaushalt“.¹⁹ Wegen der großen Grauzone schätzen Fachleute, dass dem Bund deshalb allein bei der Umsatzsteuer jährlich zwischen 20 und 40 Milliarden € Steuereinnahmen entgehen (annähernd so viel, wie Bundesfinanzminister Eichel im November 2003 an Neuverschuldung einging).

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Das alles ist in der Sache nicht neu. Die Rechnungshöfe schildern ähnliche Fälle seit Jahren. Der Bundesrechnungshof unterrichtete

- den Deutschen Bundestag detailliert über den innergemeinschaftlichen Umsatzsteuerbetrag²⁰ oder
- die Mängel im System der steuerlichen Betriebsprüfungen in den neuen Bundesländern²¹

in einem eigenen Bericht auch im Jahr 2000 oder

- in seinen „Bemerkungen 2002 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes“²²
- in einem „Bericht nach § 99 BHO über die Besteuerung der Einkünfte aus privaten Veräußerungsgeschäften mit Wertpapieren“ vom 24.4.2002,
- mit der Schriftenreihe des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung, Band 13: „Probleme beim Vollzug der Steuergesetze“ vom August 2006.

In seinen „Bemerkungen 2002 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes“ führt der Bundesrechnungshof im Kapitel „Strafverfolgung bei innergemeinschaftlichem Umsatzsteuerbetrug“ einleitend aus:

„Durch zunehmende Umsatzsteuerhinterziehungen, die grenzüberschreitend begangen werden, entstehen erhebliche Steuerausfälle. Eine wirksame Strafverfolgung ist wesentlicher Bestandteil einer ernsthaften Betrugsbekämpfung. Im Jahre 1992 waren die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass Täterinnen und Täter, die grenzüberschreitend Umsatzsteuer anderer EU-Mitgliedstaaten hinterziehen, im Inland strafrechtlich verfolgt werden können. Die Anwendung der entsprechenden gesetzlichen Vorschrift war jedoch unter den Vorbehalt der Gegenseitigkeit der Strafverfolgung gestellt worden. Das Bundesministerium der Finanzen hat bisher keine ernsthaften Anstrengungen unternommen, mit anderen EU-Mitgliedstaaten gegenseitige Übereinkommen hinsichtlich der Strafverfolgung abzuschließen. Die gesetzliche Norm läuft mithin gegenüber allen Mitgliedstaaten der EU ins Leere.“²³

Und natürlich ging es dem Bericht des Bundesrechnungshofes vom 3.9.03 nicht besser als seinen Vorgängern – er enthält zu jedem Kapitel „Vorschläge an den Gesetzgeber“ –, von denen bisher nur sehr wenige umgesetzt wurden. Der Karussellbetrug blüht lebhaft weiter, wie die *Südwest Presse* am 4.10.2007 in ihrem Wirtschaftsteil berichtete. Es ist primitive Verschleierungsargumentation der Politik, Karussellbetrug lasse sich nur schwer aufdecken – der Bundesrechnungshof machte auch hierzu konkrete Vorschläge für Gesetzesänderungen, die einfach aus politischer Motivation heraus nicht umgesetzt wurden und werden.

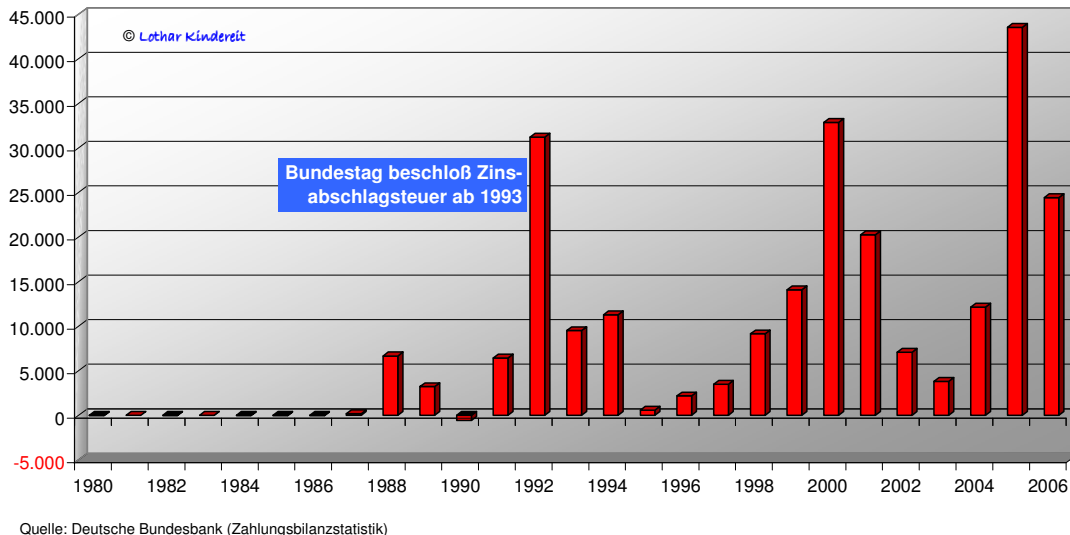
Kapitalflucht

Die *Deutsche Bundesbank* berichtet regelmäßig in ihren Zahlungsbilanzstatistiken über den „Kapitalverkehr mit dem Ausland“ und dort über Wertpapieranlagen und Finanzderivate – schlicht über die Kapitalflucht aus Deutschland. Bis 1987 waren das keine nennenswerten Beträge. Dann aber begann die Diskussion um die Versteuerung von Zinserträgen und erheblich viel Kapital „floh“ ins Ausland. 1992 – dem Jahr vor der Einführung der Zinsabschlagsteuer – waren es rd. 30 Mrd. €. 1995 hatte sich die Lage offensichtlich wieder normalisiert, um 1996 aber schon wieder anzusteigen. Im Jahr 2000 „flogen“ 32,5 Mrd. Euro. „Spitzenjahr“ war bisher 2005 mit 43,5 Mrd. € Fluchtgeldern. Der Trend ist zwar seit 2006 wieder rückläufig (Schaubild 6). Wie aber schafft es ein Gesetzgeber, einer solchen Entwicklung tatenlos zuzusehen? Wie ist es denkbar, bei solch immenser Kapitalflucht über eine Amnestie für die armen Steuerflüchtlinge auch nur nachzudenken („Brücke in die Steuerehrlichkeit“ nennen sie das)? Ich betrüge die Gesellschaft und werde dafür noch mit Straffreiheit

... und versündigt sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Schaubild 6

Kapitalflucht aus Deutschland in Mio. €
(Deutsche Anlagen in ausländische Investmentzertifikate)



belohnt, wenn ich nur 25% Steuer auf das unrechtmäßig ins Ausland gebrachte Geld „nachzahle“. Und wer machte es? Diese Amnestie erwies sich als Flop.

Daimler-Benz/DaimlerChrysler und ihre Spitzenmanager.

Das Jahreseinkommen des Vorstandschefs von Daimler-Benz lag nach Medienberichten bei 1,6 Mio. DM jährlich. Daimler-Benz beteiligte sich an dem internationalen Konzentrationsprozess und kaufte verschiedene Firmen auf, u. a. in den USA den Autohersteller Chrysler. Weil Daimler-Benz nun ein us-amerikanisches Unternehmen besaß, musste sein Vorstandschef sich durch die entsprechenden Gremien (Aufsichtsrat vor allem) seine Jahresbezüge auf das in den USA übliche Niveau anheben lassen: knapp 20 Millionen DM waren das wohl immerhin.

Es war mit der wundersamen Mehrung seines Jahreseinkommens (Aktienoptionen etc. seien nicht besonders erwähnt) nicht genug. Weil sie doch einen nicht unerheblichen Teil ihrer Arbeit in den USA verrichteten, beantragten die Herren Vorstandschef Jürgen Schrempp sowie DaimlerChrysler-Finanzchef Manfred Gentz beim Bundesminister der Finanzen, ihnen möge zugebilligt werden, nur einen Teil ihrer Jahreseinkommen hier im Wirtschaftsstandort *D* zu versteuern (in Deutschland lag der Steuersatz für Einkommensmillionäre bei 53, in den USA bei 43 Prozent).²⁴⁺²⁵ Wegen des Steuergeheimnissen wurde nicht mitgeteilt, ob und in welchem Umfang den Ansinnen der Herren entsprochen wurde.

Und auch das noch:

- Von 1992 bis 2003 zahlte Daimler-Benz bzw. DaimlerChrysler wegen Fehlentscheidungen des Managements, z. B. wegen des Kaufs mehrerer Firmen, u. a. Chrysler/USA - und damit bedingter Verluste keine Gewerbesteuer mehr. Am 23. Oktober 2003 war der Aufmacher der *Stuttgarter Zeitung* „Daimler zahlt wieder Gewerbesteuer“, nämlich ab diesem Jahr 2003.

... und versündigt sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

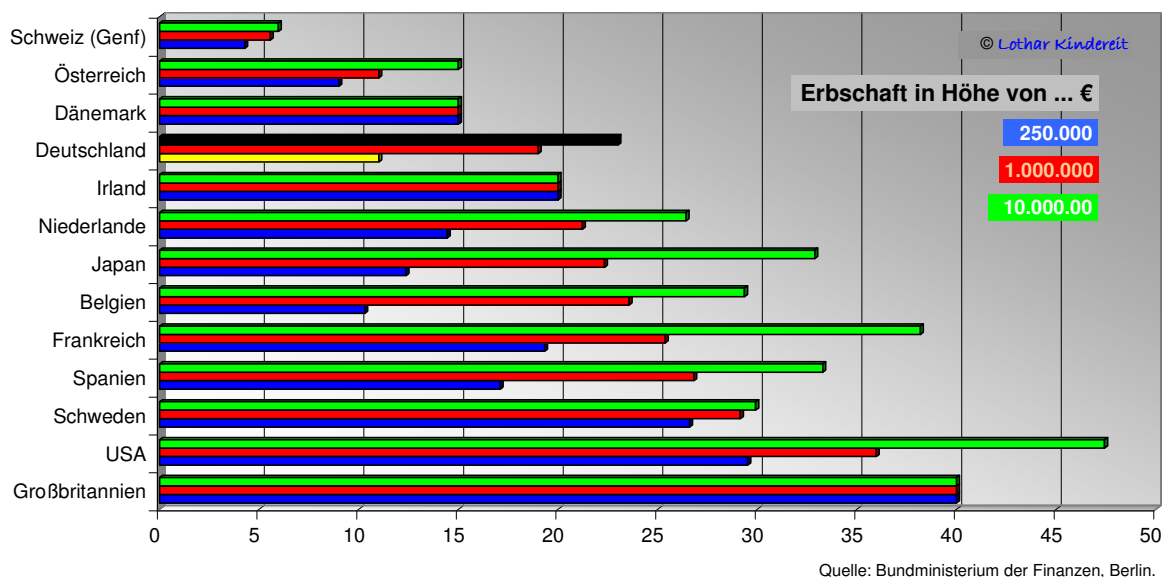
- Nicht aus Liebe zu Deutschland behielt DaimlerChrysler seinen Hauptsitz in Stuttgart. „Steuermäßig ist Deutschland, trotz allen Lamentos aus Stuttgart, für DaimlerChrysler bis auf weiteres ein besserer Standort als etwa die USA“ analysierte die *Süddeutsche Zeitung*²⁶. In der erwähnten Erwiderung des Bundesfinanzministeriums wird ebenfalls dargelegt, die Entscheidung, den Konzernsitz in Deutschland zu belassen, beruhe darauf, weil hier weniger Steuern als in den USA zu zahlen seien.²⁷

Die Erbschaftssteuer

Von den Betroffenen wird so getan, als sei sie die ungerechteste Steuer der Welt. Milch-Müller zog deshalb von Deutschland weg in die Schweiz; Sport- und Filmprominente gehen ähnlich Wege usw., usw. Dabei gehört diese Steuer zu denen, bei denen Deutschland sich immer schon als Steuerparadies erwies. In maßgeblichen Industriestaaten (Frankreich, Großbritannien, Japan, den USA u. a.) wird eine teilweise erheblich höhere Erbschaftssteuer als bei uns erhoben (Schaubild Nr. 7).

Schaubild 7

Erbschaftsteuer: Durchschnittssteuersatz (%) ausgewählter Erbschaftshöhen (Erbe: Kind) und Länder



Es ist schon exzentrisch, wie um diese Steuer gekämpft wird. „Neiddiskussion“ ist dabei noch einer der vornehmsten Ausdrücke gegen diejenigen, die sich wagen, dieses Thema überhaupt anzuschneiden. Wer kann seriös von „Neid“ ausgehen, wenn darauf hingewiesen wird, dass jemand für das Nichtstun (er tritt nur ein Erbe an) 100.000 € bekommt und nichts an das Finanzamt abführt, während ein abhängig Beschäftigter aus eigener Anstrengung ein Einkommen von 100.000 € erzielt, davon 30.000 € an den Fiskus abzuführen hat? Über alles muss ohne Tabu und Diskriminierung gesprochen werden können.

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Ein paar wenige weitere Fakten. „Die Belastung von Arbeitseinkommen und Erbschaften in Deutschland 2005“ war der Untertitel einer Grafik im SPIEGEL Nr. 6/5.2.07, S. 21, die folgende Erkenntnisse vermittelte:

- Die Bruttolöhne und –gehälter beliefen sich 2006 auf 911 Mrd. €. Ihre Abgabenquote betrug 35 %. Für Lohnsteuer und Sozialbeiträge wurden 316,8 Mrd. € abgezogen.
- Vererbtes Vermögen gab es 2005 (geschätzt) rund 150 Mrd. €. Davon betrug die Abgabenquote 2,5 %. Der Staat nahm 3,8 Mrd. € Erbschaftssteuer ein.

Steuerliche Gerechtigkeit? In diesem Zusammenhang ganz sicher nicht. Denn bei allen öffentlichen Diskussionen zu dieser Steuer wird geflissentlich „vergessen“ zu erwähnen, dass die Kommunen ansiedlungswillige Betriebe gern mit günstigen „Rahmenbedingungen“ in Form von preisgünstigem Gelände, Erlass von Gewerbesteuer für einen gewissen Zeitraum, geringeren Umweltauflagen usw. locken und damit subventionieren. Diese Betriebe nutzen jeden Fördertopf eines Landes, des Bundes und der EU. Millionen Steuergelder gehen über die Jahre an diese Betriebe. Die durch das nicht funktionierende System der steuerlichen Betriebsprüfungen der Allgemeinheit entgangenen „Mehrsteuern“ sind ebenfalls zusätzliche Einnahmen. Kurz und gut, es klingt schon mehr als merkwürdig, wenn dann ein Herr wie Müller/Milch argumentiert, er habe den Betrieb aufgebaut und könne nicht einsehen, dass der Staat seinen Erben davon etwas abnehmen wolle.

Das Bundesverfassungsgericht entschied im Sinne der Gleichbehandlung aller Vermögen (Zeitwert statt Buchwert). Was macht die Politik daraus? Sie lässt den Eier-tanz stattfinden, reduziert die Diskussion möglichst auf das Thema der Rettung von

Betrieben und damit Arbeitsplätzen. ... Der laut Medien am 5.11.07 in der ‚Sonntagsrunde‘ der Großen Koalition gefundene Kompromiss beweist jedenfalls erneut keinen *großen Wurf*. Deutschland bleibt auch hinsichtlich Erbschaftssteuer ein Steuerparadies für die „Gutsituierten“.

Übrigens lohnt es sich, die Titelgeschichte „Erben statt Arbeiten – Vom unverschämten Glück, steuerbegünstigt reich zu werden“ im SPIEGEL Nr. 6/5.2.2007, S. 20 ff., zu lesen. Es ist erstaunlich, wie sachkundig dieses *liberale* Magazin dieses Thema aufarbeitet. Selbst der SPIEGEL kommt zu der Wertung: „Für Erben ist Deutschland Niedrigsteuerland.“ (S. 24, Sp. 1). Etwas weiter führt er gar aus: „Das Urteil aus Karlsruhe eröffnet so gesehen die Möglichkeit, eine historische Weichenstellung zu korrigieren. Es bietet die Chance, endlich den Faktor Arbeit zu entlasten, um im internationalen Wettbewerb besser mithalten zu können.“ (S. 25, Sp. 1)

Die Rechnungshöfe befassten sich immer wieder mit dem Thema Erbschaftssteuer und ihrer Erfassungen. Aus gutem Grund, denn für Baden-Württemberg ist sie eine der drei großen Landessteuern überhaupt. Die letzte Untersuchung des Rechnungshofes Baden-Württemberg datiert vom 24.1.2006 und trägt den Titel „Die Organisation und Arbeitsweise der Erbschaftssteuerstellen und der Bedarfsbewertung“ (Landtags-DS 13/5077). Sie stellt erneut erhebliche Defizite bei der Besteuerung von Erb- und Schenkungsfällen fest. So wurden allein diesmal Steuerausfälle des Landes in Höhe von 5,78 Mio. € sowie 6 Mio. € Zinsverluste wegen fehlerhafter und verspäteter Bearbeitungen registriert. Dieser Untersuchung wegen konnten dem Land allerdings auch 6,1 Mio. € zusätzliche Einnahmen zugeführt werden. Und natürlich mach-

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

te der Rechnungshof dem Land erneut Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsabläufe, des Personaleinsatzes, der Arbeitsweise bei der Verwaltung.

Im Grunde ist es zum Verzweifeln. Seit Jahren wird auf Schwachstellen im System hingewiesen. Der Bundesrechnungshof bescheinigte sogar bereits, unser Finanz- und Kontrollsystem funktioniere nicht mehr nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten. Seit Jahren wird von der Zuständigen dennoch kaum bis nichts getan, um zu einer effizienten Finanzverwaltung zu gelangen.

Finanzielle Kosten der Vereinigung Deutschlands

Es begann mit Gorbatschows Glasnot und Perestroika: Nach ein wenig mehr Freiheit in der Sowjetunion kamen immer mehr Menschen nach Deutschland – Aussiedler wurden sie genannt. Sie hatten hier keinen Beitrag zu einer der Sozialversicherungen geleistet, erhielten aber sofort alle gesetzlichen Leistungen der Kranken-, Rentenversicherung usw. Obwohl die politische Entscheidung, diese Aussiedler hier unkompliziert aufzunehmen, ein gesamtgesellschaftliches Anliegen war, wurde nicht der allgemeine Steuertopf für sie eingesetzt, sondern nur die Beitragszahler/innen mit ihren Versicherungsbeiträgen zur Sozialversicherung. Damit hatte die Regierung Kohl Beamte, Selbständige und Freischaffende (Architekten, Ärzte, Rechtsanwälte etc.) aus dem Finanzierungssystem heraus gelassen. Die Lohnnebenkosten stiegen, damit auch die Belastungen für die Arbeitsplatzinhaber/innen.

Gorbatschow schenkte uns die Vereinigung. Bundeskanzler Kohl gewann die Bundestagswahl, weil er Glauben machte, die Kosten der Vereinigung der BRD mit der DDR seien aus der „Portokasse“ zu begleichen. Nach gewonnener Wahl führte er sehr schnell - zum Aufbau der neuen Bundesländer - die Sondersteuer „Solidaritätszuschlag“ ein. Dieser Zuschlag wird noch heute eingetrieben, nicht zweckgebunden, sondern zum Wohle des Bundeshaushaltes allgemein. Seine Abschaffung steht nicht zur Diskussion.

Wichtiger aber noch ist die Finanzierung der Sozialkosten der Vereinigung. Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung wurden, politisch so gewollt und so entschieden, ebenfalls nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus dem gemeinsamen Steueraufkommen, sondern wieder nur aus den Beiträgen zur Sozialversicherung, also von den in Arbeit befindlichen Frauen und Männern, bezahlt. Selbständige und Freischaffende (Künstler, Ärzte, Anwälte usw.), Beamte u. a. blieben außen vor.

Die Menschen in den neuen Bundesländern, die für diese politischen Entscheidungen selbstredend nicht verantwortlich gemacht werden dürfen, aber wurden sozialversicherungsrechtlich so behandelt, als hätten sie ständig in einem Deutschland mit persönlicher Beitragsleistung gelebt, erhielten entsprechende Leistungen im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Rente.

Und sie erhalten sie noch. Von den Transferleistungen in die neuen Länder gingen und gehen mangels einer qualifizierten Infrastruktur-/Aufbaupolitik nämlich immer noch rund 75 % in den Konsum.

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Die Vereinigung und ihre finanziellen Auswirkungen durch hohe Transferleistungen, in die neuen Länder bzw. die Finanztransfers speziell in der Arbeitslosenversicherung untersuchte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Im IAB *Kurzbericht* Nr. 13/14.8.2003 heißt es unter der Überschrift „Die stillen Kosten der Einigung“ auf S. 1 in Spalte 1 „*In aller Kürze*“:

- ... sehr vieles wurde nicht offen aus Steuern oder über zusätzliche Staatsschulden finanziert, sondern über die ‚stillen‘ Kassen der Sozialversicherungen – und beileibe nicht aus deren Portokasse.
- Vielmehr mussten dafür die Beiträge so stark erhöht werden, dass die Belastung mit Sozialabgaben das eigentliche Problem am Standort Deutschland geworden ist.
- Weil trotz der massiven Hilfen ein selbsttragender Aufschwung im Osten (noch) nicht in Gang kam, sind mittlerweile im Westen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsdynamik beeinträchtigt.
- Begleitet und verstärkt wurde diese Entwicklung von strukturellen Verwerfungen, die eine immer neue Rangfolge von reich und arm, von Gewinnern und Verlierern zwischen und in den Regionen hinterlassen.
- Bleiben sie von der Politik und Finanzplanung weiterhin unbeachtet, so kommt es zu ‚unerwarteten‘ Defiziten und Konsolidierungsproblemen in den öffentlichen Haushalten – mit all den negativen Folgen für Wachstum und Beschäftigung. Dabei verlaufen diese Prozesse nach vorhersehbaren Mustern, die gezieltes Handeln geradezu herausfordern.

Im IAB *Kurzbericht* Nr. 16/5.9.2003 heißt es unter der Überschrift „Der heimliche Finanzausgleich“ zum Finanztransfer in der Arbeitslosenversicherung im „Fazit“ (S. 4): „Einmal angenommen, alle Regionen müssten die BA-Ausgaben selbst finanzieren, so ergäbe sich eine Spreizung des Beitragssatzes zur BA von 1,5 Prozent (in München Land oder Freising) bis 36 Prozent (Ostpommern).“

Eingangs (S. 1, Sp. 1) wird dargestellt, „wie überfällig Reformen und wie nötig überzeugendere ökonomische Argumente sind. Dies umso mehr, da auch politisch gesteuerte Transfers zur Destabilisierung der Sozialversicherungssysteme beigetragen haben.“

Dass durch alle vorher aufgezeigten „Fremdleistungen“ (und sie sind längst nicht vollständig aufgezählt) die Lohnnebenkosten immens steigen mussten, versteht sich von selbst. Wenn heute aber über die Lohnnebenkosten gesprochen wird, wird nicht an diese Ursachen gedacht, sondern an zu hohe Löhne/Gehälter der abhängig Beschäftigten, zu viel Urlaub, zu viele Feiertage usw.

Zwischenruf: Sowohl unter der 16 Jahre währenden konservativ-liberalen Regierungskoalition als auch unter der 1998-2005 regierenden rosa-grünen Koalition oder der jetzigen Großen Koalition wurde die Abgaben- und Steuerbelastung der Unternehmen und Vermögensbesitzer/innen fortlaufend gesenkt. Die Belastungen für die abhängig Beschäftigten dagegen stiegen fortgesetzt. Die Umverteilung von Arm auf Reich war und ist politisch gewollt.²⁸ Und das wissen sie, die Damen und Herren „Volksvertreter“, machen einfach nur so weiter.

Korruption in Deutschland

Transparency International checkt seit 1993 die Korruptionsmentalität der Unternehmen/Manager in einer Vielzahl von Ländern, veröffentlicht, prangert an, streitet und kämpft gegen die weit verbreitete Korruption sowie für mehr Sauberkeit im internationalen und nationalen Geschäftsverkehr. Jährlich veröffentlichen sie einen „Korruptionsindex“, eine Liste der Länder, in denen der Geschäftsverkehr von 10 (äußerst sauber) bis 0 (äußerst unsauber) bewertet wird. Die skandinavischen Länder bele-

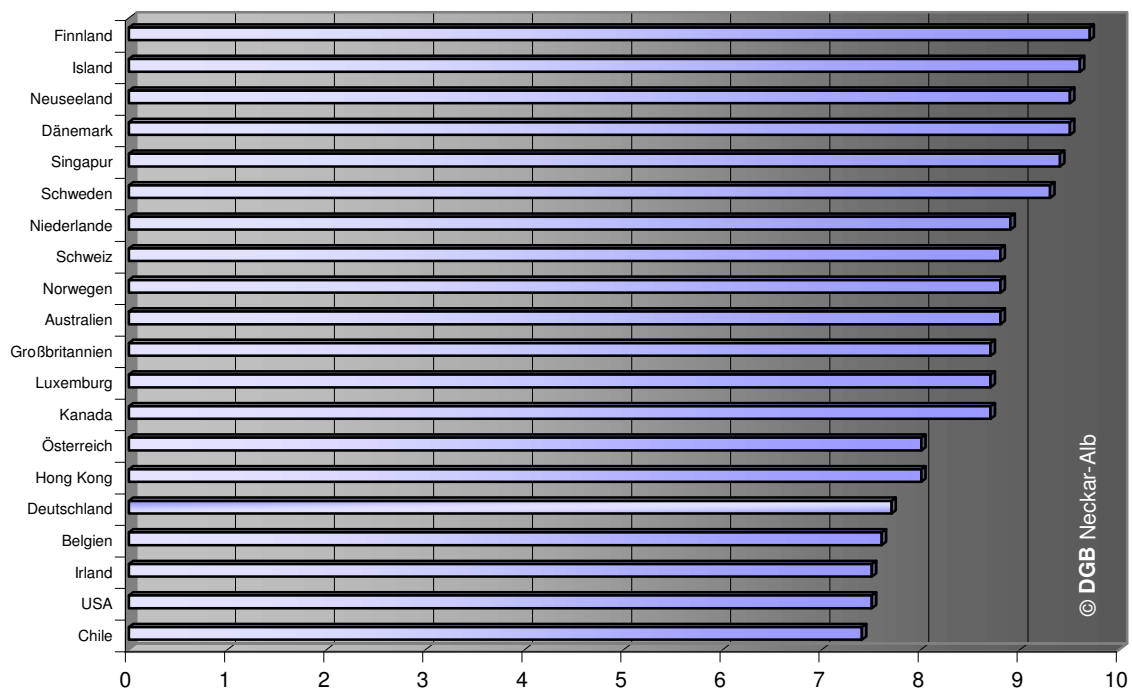
... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

gen dabei seit Jahren die ersten Plätze, auch Neuseeland, Island und Singapur. Deutschland erhielt 1995 den Platz 13, belegte 2001 den 20. Platz, verbesserte sich bis 2007 auf den 16. Platz (Schaubild 8). Schlimm genug aber dennoch, denn nach wie vor wird in Deutschland das Image gepflegt, wir seien natürlich in vielen Bereichen immer besser als andere.

Schaubild 8

Korruptions-Hitliste 2007: Die 20 besten Länder

10 = "äußerst sauber", ..., 0 = "äußerst unsauber"



Korruption findet auf sehr vielen Ebenen, in vielen Bereichen, eben auch bei vielen privaten Firmen statt, bei BMW, VW, bei ... bei ... ebenso bei ... Siemens aber schoss wohl den Vogel ab. Um weit über eine Milliarde € geht es dort in der noch immer nicht abgeschlossenen Aufklärungsaktion zu den Bestechungsgeldern. Insider zum Thema Korruption in der Wirtschaft meinen auch längst, hier handelt es sich nicht um einen Einzelfall, sondern nur um die Spitze eines Eisberges. Und der Gesetzgeber schaut zu, überlässt alles dem Kommissar Zufall oder der Staatsanwaltschaft, obwohl ihm durch solche Bestechungsgelder auch erhebliche Steuern entgehen.

Geht es um die Verwendung unserer Steuergelder, die die Europäische Union (EU) ausgibt, sind an unseren Stammtischen Italiener, Griechen u. a. selbstverständlich die trickreichsten Abzocker. Vorurteile, nicht mehr. Der „Jahresbericht 2002“ zur Betrugsbekämpfung der EU-Kommission vom 4.12.2003²⁹ belegt, dass innerhalb der EU ausgerechnet wir, die Deutschen, die größten Betrüger sind: mehr als ein Drittel aller erfassten Betrugsfälle fielen in Deutschland an. Mit großem Abstand belegen wir den ersten Platz.

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

DER SPIEGEL widmete dem Thema Korruption die Titelgeschichte „Die Schmiergeldrepublik“³⁰ und führte sehr detailliert aus, wie korrupt die Parteien dieser Republik sind. „Nach Art der Mafia“ titelte er den entsprechenden Bericht. Aber auch die Methoden der Pharmaindustrie geißelte er.³¹

Im Gesundheitswesen hat sich die Korruption zum Krebsgeschwür entwickelt. Dieses System läßt seiner undurchsichtigen, teilweise mittelalterlichen Strukturen wegen geradezu zum Schmieren und Bestechen herzlich ein.

Ein vernünftiges, sachgerechtes Überwachungs-/Kontrollsystem gibt es bei den Krankenkassen bis heute nicht. Sie zahlen einfach. Wo auf der Welt gibt es das noch, dass nicht zwischen den Leistungserbringern (Zahn-/Ärzten) und Krankenversicherungen direkt abgerechnet wird? Wir leisten uns den Luxus des mittelalterlichen Zopfes, die Ärzte ihre eigenen Organisationen bilden zu lassen – die Kassenzahn-/Kassenärztlichen Vereinigungen - und mit denen abzurechnen. Wie soll da eine wirksame Kontrolle, Abhilfe bei Falschabrechnungen zustande kommen?! Bleibt abzuwarten, wie sich die Vorschrift des so genannten

- Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) entwickelt, wonach Kassen und Kassenärztliche Vereinigungen gemeinsam ein Kontrollsystem aufzubauen haben³². „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus“ erscheint deshalb seit Jahrzehnten erfolgreiche Strategie gegen eine mögliche Durchsichtigkeit des Abrechnungsverfahrens zu sein.
- Rezepte beispielsweise werden bis heute nicht auf dem „Konto“ der Versicherten verbucht und gelegentlich abgeglichen.
- ...

Die Europäische Union (EU) gab ihren Mitgliedsländern auf, die Korruption in ihren Ländern u. a. dadurch zu bekämpfen, dass Bestechungs-/Schmiergelder national nicht mehr als Geschäftskosten von der Steuer abgesetzt werden können sollten. Deutschland verschleppte eine entsprechende Regelung über viele Jahre, ließ die Absetzbarkeit von Schmiergeldern von der Steuer als Geschäftskosten weiter zu. Erst die Rosa-Grüne Regierung setzte die EU-Auflage um.

Die UNO verabschiedete eine Konvention gegen Korruption. Mehr als 90 Staaten ratifizierten sie bereits, darunter Frankreich, Großbritannien oder die USA. Die Bestechung von Politikern/innen steht in vielen Demokratien unter Strafe, soll es nach dieser UNO-Konvention ebenfalls. In Deutschland ist dieser Bereich sehr lax geregelt. Nach Meldungen des SPIEGEL mauern in diesem Falle die Bundestagsabgeordneten (DER SPIEGEL Nr. 21/2007, S.38). Bestechungsfälle/Korruption gab und gibt es dabei unter den Parlamentariern/innen mehr als genug. § 108e StGB erweist sich erneut als gewollte stumme Waffe.

Im Gesundheitswesen melden Schlagzeilen immer wieder von neuen, ideenreichen Methoden der Bereicherung. Eine kleine Kostprobe: DER SPIEGEL titelte „Geschäft mit Todkranken“ und schildert: Das Gesundheitssystem „gibt böswilligen Ärzten, Apothekern und Pharmabranche die Gelegenheit, gigantische Gewinnmargen zu erwirtschaften – allen Sparbemühungen zum Trotz. Zum Teil rechnen sie dort mit irrwitzigen Spannen, die nur aus dem Drogenhandel bekannt sind.“³³ Seine Beispiele:

- *Pamidronat*, ein Medikament für Krebskranke zur Osteoporose-Prophylaxe: 90 Milligramm kann der Apotheker für 100 € erhalten. Verkaufen aber darf er es für 425 €.

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

- *Calciumfolinat* erhalten krebserkrankte Patienten während der Chemotherapie gegen Nebenwirkungen: 1000 Milligramm wurden auf dem Graumarkt für 30 € beschafft. Der Höchstverkaufspreis für Apotheker ist auf 762,25 € festgesetzt (macht ein Plus von mehr als 2400 Prozent).³⁴

Nun ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen Ausbeutung des Systems zu Lasten von Patienten und Krankenkassen. ...

Wenn erneut ein Fall aufgedeckt ist, tönen die Politiker/innen, dass diese und jene Gesetze verschärft werden müssen, um dem Übel beizukommen. Nach dem Herzklappen-Skandal reihte sich der baden-württembergische Justizminister Goll (FDP) in den Kreis dieser Politiker/innen ein, als er in einem Beitrag für das AOK Magazin G+G schrieb „Wir brauchen eine effektivere Kontrolle innerhalb des Abrechnungssystems.“³⁵ Was geschah bisher konkret? Nichts. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!

Üppige Geschenke der Pharmaindustrie, ominöse Fortbildungsseminare und raffinierte Abrechnungstricks vieler Ärzte werden immer wieder aufgedeckt. Das AOK-Magazin G+G widmete diesem Thema die Titelgeschichte „Falschrechner & Co., Korruption hat Konjunktur“.³⁶

Dieser Bericht stellt u. a. die sehr erfolgreiche Arbeit der bei der AOK Niedersachsen extra eingerichteten „Task Force“ gegen Bestechung und Falschabrechnung im Gesundheitswesen (Ärzte, Krankenhäuser, Apotheker/innen, Pharmafirmen) dar. Erfolgreich bleiben die Niedersachsen bis heute: Die *Stuttgarter Zeitung* berichtete am 29.9.07, S. 16, unter der Überschrift „Millionenbetrug mit Krebsmedikamenten“ von zwei Pharmahändlern und rund 100 Apothekern, gegen die die Staatsanwaltschaft wegen Betrugsverdacht ermittelte. Die AOK Task Force hatte das aufgedeckt.

Warum gibt es eine solche „Task Force“ nicht auch in Baden-Württemberg? Etwa bei den Krankenkassen ein laxer Umgang mit der Korruption?³⁷ Die „Task Force“ in Niedersachsen ist bei der Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen so effektiv, dass sie sich mit ihrer Aufdeckungsarbeit mehr als selbst bezahlt (und damit gut für ihre Beitragszahler/innen arbeitet). Warum also kein eigenes Instrument dieser Art andernorts, wenn die Ergebnisse nur positiv sein können?

Entsprechend schrieb ich die AOK Baden-Württemberg an und bekam zur Antwort, nun ja, aber das bisherige Kontrollsystem hier reiche auch. ...

„Am 16. April 2003 hat sich die Bayer Corporation, das US-Unternehmen der Bayer AG, schuldig bekannt, Medicaid, das US-Gesundheitsprogramm für Arme, vorsätzlich betrogen zu haben. Der am selben Tag vor dem Bezirksgericht Boston (Massachusetts) geschlossene Vergleich sieht die Zahlung von insgesamt 257 Millionen Dollar durch Bayer vor – das ist die höchste Strafzahlung wegen Missbrauchs im US-Gesundheitswesen, die jemals verhängt wurde.“³⁸ ...

„Hier (im Gesundheitswesen der USA – d. V.) hat sich eine Einrichtung bewährt, die in den USA gesetzlich abgestützt ist: Informanten, die gesetzwidrige Handlungen aufdecken, werden durch die ‚False Claims Act‘ geschützt.“³⁹

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

„Billiglöhner fertigen Zahnersatz nicht nur in China, sondern auch in Marokko, Jordanien, Burma, Thailand, in der Türkei, Ungarn, Polen und auf den Seychellen. Ein Keramik-Zahn aus Deutschland kostet 200 Euro, aus Bangkok nur 40 Euro. Aber wird mit einem Keramik-Zahn aus Shenzhen (China – d. V.) oder Bangkok die Zahnbehandlung für die Patienten in Deutschland entsprechend billiger? Nein, um keinen Cent. Der Patient erfährt vom Zahnarzt seines Vertrauens über die Herkunft seines neuen Zahnes nichts und zahlt so viel als wäre der Zahn in Deutschland hergestellt worden.“⁴⁰

Auf eines können wir uns übrigens verlassen. Was immer sich Gesetzgeber oder Krankenkassen einfallen lassen (sollten), die Pharmaindustrie wird mit ihrem Geld Gegenstrategien entwickeln, um Ausbeuter dieses Gesundheitssystems bleiben zu können. Eine ganz kleine Kostprobe hierzu lieferten sie dazu bei der EU in Brüssel ab. Dort wollte die EU eine Richtlinie (Gesetz) zur Kontrolle von hunderttausend in Europa gebräuchlichen Chemikalien erarbeiten/verabschieden. Es handelte sich um Chemikalien, die aus Möbeln und Teppichen, aus Kunststoffen oder elektrischen (Haushalts-)Geräten aus dem PC u. a. dünsten und für die Menschen hohe gesundheitliche Risiken bergen.

„In Brüssel kämpfen 10 000 Lobbyisten um Einfluss auf den EU-Apparat und dessen Politik. ... Sie laden zum Essen, kommen zum Gespräch und mobilisieren Experten – um das neue Chemikalien-Recht tobte die härteste Schlacht aller Zeiten“, titelte die *Süddeutsche Zeitung*.⁴¹ Ja, die „chemische Industrie schlägt mit einem Horror-Szenario zurück“.⁴² Selbstverständlich, denn hier ging es schließlich um ihre Profite, die sie bisher ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Menschen in Europa oder der Dritten Welt, auf die weltweiten Auswirkungen, auf die Natur, machten. Und ihr Geld-einsatz lohnte sich auch diesmal wieder: das EU-Vorhaben wurde sehr abgespeckt.

„Privatliquidationserlöse“ in Baden-Württemberg ⁴³

Im Baden-Württembergischen Landtag vor Jahren initiiert von der SPD, fortgesetzt von Bündnis 90/Die Grünen, beantwortete die Landesregierung deren Anfragen, wie viele Chefärzte an den vier staatlichen Universitätsklinik des Landes (Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm) wie viel pro Jahr an „privaten Liquidationserlösen“ einnahmen und für die Nutzung der staatlichen Einrichtungen sowie des vom Staat bezahlten Personals abführten⁴⁴. Chefärzte erhalten danach für ihre Funktion als Beamte/r ein staatliches Salär des Arbeitgebers Staat (in der Regel C 4 bzw. Ia/Ib BAT), dürfen daneben privat behandeln, operieren, Gutachten erstellen etc. und dafür privat abrechnen. Eine staatliche Einladung zum Abzocken, von der offensichtlich reichlich Gebrauch gemacht wurde und wird.

2005 waren es in Baden-Württemberg 159 Ärzte, die insgesamt 84,501 Millionen € als „Privatliquidationserlöse“ meldeten, durchschnittlich also 531.000 €. Davon verblieben ihnen 53,9 %. Man beachte: beachtlich weniger Chefärzte erzielten seit 1993 fast 38 % mehr an Einnahmen: 1993 „nur“ 386.000 €, 2005 bereits 531.000 €.

Das Land Baden-Württemberg, hier vertreten durch das Wissenschaftsministerium, unterscheidet zwischen „Altverträgern“ und „Neuverträgern“. Erstere sind bereits vor 1992 tätig gewesen. Ihnen billigt es „Besitzstand“ zu: sie müssen für die Nutzung seiner Einrichtungen, seines Materials und des Personals nicht dieselben Beträge abführen wie diejenigen Ärzte, die ab 1992 in diese Funktion kamen. Einige führen

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

nichts ab. Daran kann das Land des angeblichen „Besitzstandes“ wegen nichts ändern.

Frage: Wie rechtfertigt sich das eigentlich unter dem Gesichtspunkt „Vor dem Gesetz sind alle Bürgerinnen und Bürger gleich.“? Uns Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird fortgesetzt zugemutet, erworbene Rechte schnell wieder zu verlieren – siehe beispielhaft das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe, die Streichungen im Gesundheitswesen oder die Verschlechterungen im Kündigungsrecht. Für uns gilt kein „Besitzstand“. Hier wird doch wohl nicht ein Privileg einer Wahlklientel auf Kosten der Allgemeinheit besonders geschützt? „Staatlich legitimierte Abzockerei“ bleibt es in jedem Fall.

Die Zahlen der abrechnungsberechtigten Ärzte sind rückläufig. Der Grund liegt darin, dass inzwischen auch das Land Baden-Württemberg eine Empfehlung der Kultusministerkonferenz umsetzte, wonach neuen Chefärzten die Privatliquidation in bisheriger Form nicht mehr zugebilligt wird. Stattdessen wird mit ihnen ein individueller Arbeitsvertrag abgeschlossen, in dem dieser „Besitzstand“ mehr als ausgeglichen ist.

Nestbeschmutzung, bei diesem Umfang an (politisch geduldeter, hingenommener) Abzocke, Deutschland für eine Bananenrepublik zu halten? Wohl nur für die aktiv Beteiligten. Wie reagierte doch ein Arzt, auf dieses moralisch anrühige Verhalten angesprochen? „Was regen Sie sich denn auf? Das ist doch alles legal. Würde der Staat es anders wollen, würde er entsprechende Gesetze schaffen.“ – so einfach ist das.

Ehrenamt Ortsvorsteher

Von Ehrenämtern lebt eine Gesellschaft. Nichts also gegen, sondern hohes Lob für diejenigen Personen, die sich ehrenamtlich für diese oder jene Tätigkeit (von der Feuerwehr über das Rote Kreuz, der Seniorenarbeit, der Betreuung krebskranker Kinder, für allein erziehende Mütter oder Väter, in den Gewerkschaften und Parteien usw., usw.) engagieren.

Bei aller Anerkennung und Wertschätzung eines Ehrenamtes (gleichgültig, von wem und wo oder wofür ausgeübt) – staatlich sanktioniert lässt es sich auch gewaltig übertreiben. So erlässt das Innenministerium Baden-Württemberg eine Verordnung, mit dem die monatlichen Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätigen Ortsvorsteher/innen (VO) geregelt werden⁴⁵. Da es sich bei diesen monatlichen Zusatzeinkommen um stattliche Beträge handeln kann, geht es hier um einen regelrechten Skandal. Werden nämlich Forderungen nach Reparaturen an den Schulgebäuden/ Klassenzimmern laut, geht es um die Sanierung eines Schwimmbades, um den aktuellen Bücherbestand einer Bibliothek, um einen Zuschuss der Kommune zu einem sozialen Projekt o. ä., ist dafür oft kein Geld da. Für solche Ehrenämter aber sind immer genügend Steuergelder vorhanden. Damit es nachvollziehbar wird:

- Die „Tabelle der Aufwandsentschädigung“, die der VO angefügt ist, klärt Mindest- und Höchstbeträge je nach Größe der Gemeinde/Ortsteil. Danach kann ein Gemeinderat beschließen, seinem/r ehrenamtlichen Ortsvorsteher/in seit 1. April 2004 bei
 - nicht mehr als 250 Einwohnern/innen 442 bis 923 €
 - mehr als 250 bis 500 Einwohnern/innen 653 bis 1258 €
 - mehr als 500 bis 700 Einwohnern/innen 953 bis 1599 €

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

- mehr als 700 bis 1000 Einwohnern/innen 1207 bis 2255 €
 - mehr als 1000 bis 2000 Einwohnern/innen 1654 bis 2838 €. ⁴⁶
- monatliche „Aufwandsentschädigung“ zuzubilligen. Daneben gibt es „einmalige Zahlungen“ im Jahr. ⁴⁷

Von diesem Recht machen die Gemeinden nachhaltig Gebrauch, selbstredend in der Form, ein Mal im Gremium zu beschließen, die Ortsvorsteher/innen erhalten X % des Betrages nach der VO, im übrigen gilt die jeweils aktuelle Fassung der VO (und umgehen so weitere Diskussionen in der Öffentlichkeit).

- Eine Verkäuferin im Einzelhandel arbeitet ganztätig und erhält monatlich ein Gehalt, das oft niedriger als die monatliche Aufwandsentschädigung eines ehrenamtlichen Ortsvorstehers ausfällt.

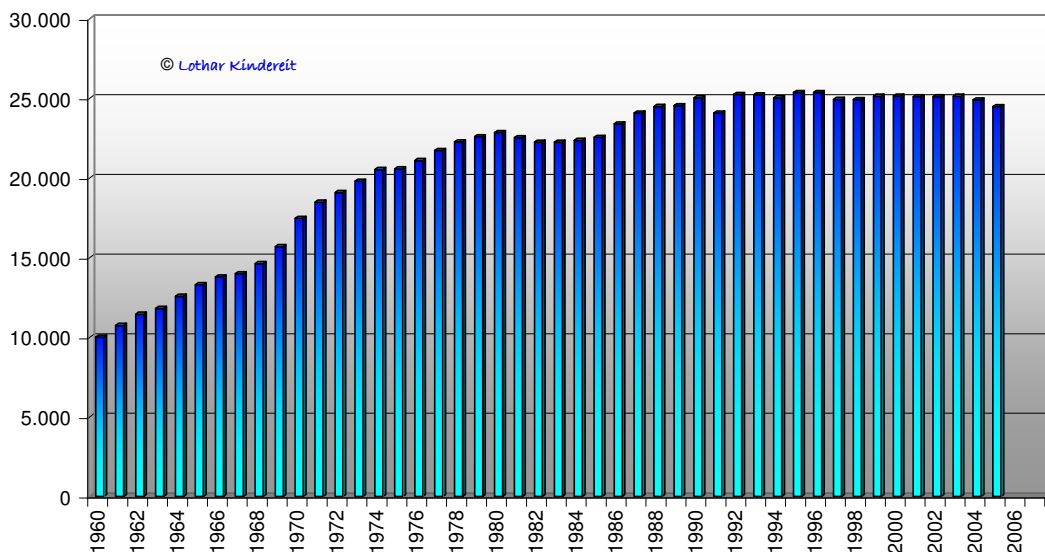
Korrekt wäre es wohl, mindestens auf den Anspruch „Ehrenamt“ zu verzichten und diese Tätigkeit schlicht eine Nebentätigkeit mit entsprechendem Einkommen zu bezeichnen. Damit wäre die Grundsatzfrage – ist ein „Ehrenamt“ ein Ehrenamt? - zwar nicht gelöst, die Öffentlichkeit aber nicht mehr mit dem „ehrenamtlichen Ortsvorsteher“ in die Irre geleitet. Unabhängig von dieser formalen Korrektheit bleibt dieser „Aufwandsentschädigung“ im Ehrenamt moralisch das *Gschmäckle* der Abzockerei: auch dieses Ehrenamt Ortsvorsteher/in ist im Sinne des Wortes ehrenamtlich = unentgeltlich zu führen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Natürlich handelt es sich hier um die berühmten Peanuts (Breuer, Deutsche Bank). Natürlich gibt es viel schlimmer ausgeprägte Korruption, „Vitamin B“, etc. Aber: viele Mosaiksteinchen machen ein Bild; eines dieser Steinchen wurde hier erörtert. Nicht mehr und nicht weniger.

Schaubild 9

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/in in € real, zum Preisniveau von 2000*

* bis 1990 nach Preisniveau von 1995



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Unseren Volksvertretern/innen sei ein angemessenes Monatseinkommen gegönnt. Die übliche Diskussion zu ihren Diäten halte ich für sehr unqualifiziert. Dennoch ein Detail: Wenn die Politiker/innen uns Steuer“reformen“ präsentieren,

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

- von denen die Reichen verstärkt profitieren,
- mit denen der Staat finanziell geschwächt wird,
- deshalb wiederum die Bevölkerungsmehrheit Leistungskürzungen bis –streichungen sowie Gebühren- und Steuererhöhungen (Mehrwertsteuererhöhung per 1.1.07 um 3 %) hinzunehmen hat oder
- die Rentner/innen mehrere Jahre „Nullrunden“ erfuhr, um ab 1.7.2007 eine Erhöhung ihrer Renten um rund 0,5 % zu erhalten (für 2008 wurde ihnen eine Erhöhung von vielleicht einem Prozent in Aussicht gestellt – bei einer Inflationsrate von knapp 3 %),

• ...,

dann ist von unseren Volksvertretern/innen zumindest das Fingerspitzengefühl zu erwarten, sich selbst nicht fast 5 % (9,4 % in 2008 und 2009) Diätenerhöhung zu bewilligen. Bei monatlichen Diäten von über 7.000 € (die übrigen Nebeneinkünfte bleiben unerwähnt) und damit gut 20-mal mehr als Alg II-Bezieher als Grundbetrag erhalten, entsteht so leicht der Eindruck des Abkassierens, der Selbstbedienung.

Zwischenruf: Die Vielzahl der Beispiele belegt, wie marode diese deutsche Gesellschaft längst ist. Und die Politik, der das Primat des Handelns nicht nur zusteht, sondern es hat, laviert sich von einem Wahltermin zum anderen. Dabei müssten wegen der stetig steigenden Zahlen von Nichtwählern/innen längst die Alarmglocken ertönen, längst wirklich Reformen angegangen werden, um unser demokratisches Staatswesen zu stabilisieren bzw. zu stärken und damit verteidigungsfähig zu halten.

Und auch das noch:

Seit 1990 gibt es für die abhängig Beschäftigten einen Stillstand, in den letzten Jahren sogar ein Minus. Das *Schaubild 9* spricht für sich.

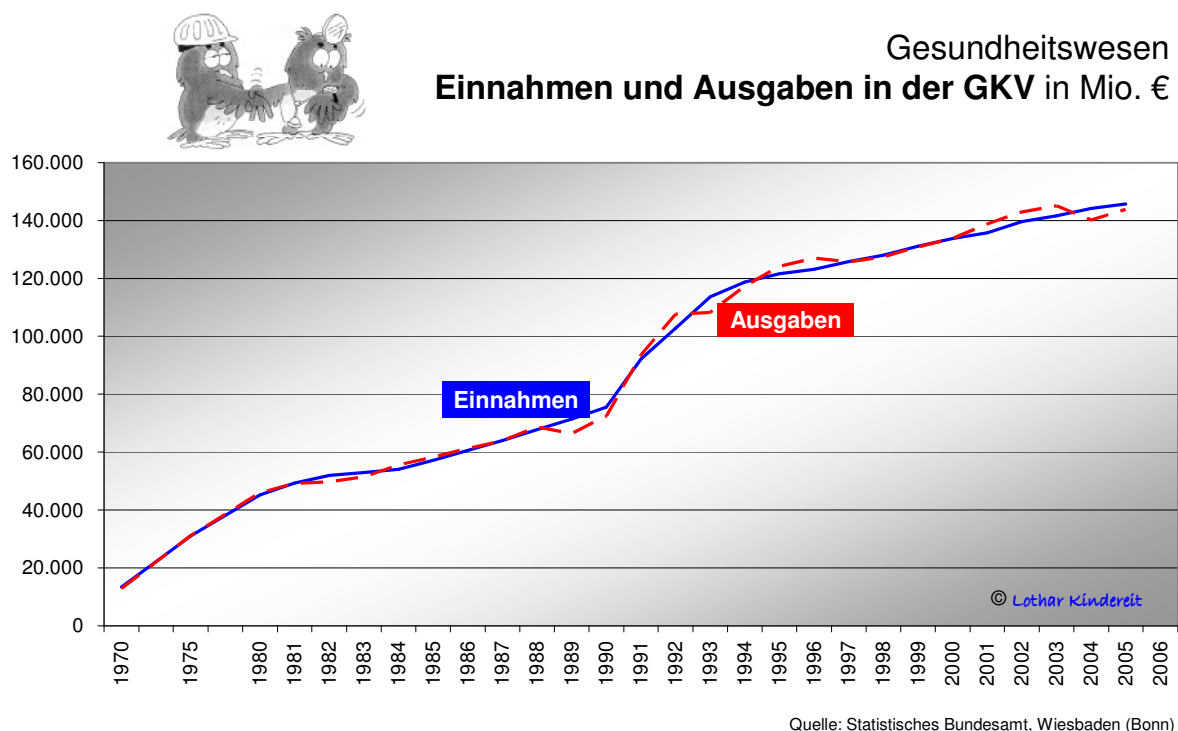
Sozialpolitik

Das Gesundheitswesen

In einem Jahr geht es in der Politik um Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung, im anderen um die der Kranken- und dann um die der Arbeitslosenversicherung. Nach der Rede des Bundeskanzlers Schröder im Deutschen Bundestag vom 14. März 2003 zur „Agenda 2010“ ging es neben der „Reform“ der Arbeitslosenversicherung 2003 vor allem um das Gesundheitswesen. Es hatte wieder mit Milliardendefiziten zu kämpfen. Also wurde zum wiederholten Mal extrem stark bei den Ausgaben gekürzt und gestrichen: Rund 57 Mrd. € gingen für die Jahre 2004 bis 2007 zu Lasten der Versicherten. 5,5 Mrd. € weniger für die Pharmaindustrie sollten reichen, um als SPD/Grüne und CDU/CSU dem staunenden Volk die soziale Ausgewogenheit dieser „Reform“ klar zu machen. Nachdem die Pharmaindustrie mit dem Herrn Bundeskanzler sprach, reduzierte sich laut SPIEGEL ihr Anteil an dieser „Reform“ von 5,5 Mrd. € um eine ganze Milliarde €. Unglaublich, dass Politiker wie Horst Seehofer (CSU) oder Ulla Schmidt (SPD) immer noch mit der Mär verfangen, mit diesen Verschlechterungen für die Versicherten würde dem System eine gesunde Basis gegeben. Unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) begann der Sozialabbau 1979. Massiv wurde er unter Helmut Kohl von Norbert Blüm (CDU) sowie Horst Seehofer fortgesetzt. Immer erklärten sie, „diese“ Reform rette das System, sei deshalb auch notwendig. Ein Blick auf die Einnahmen und Ausgaben des Gesundheitssys-

... und versündigt sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Schaubild 10



Auch das:

Unsere Damen Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen von CDU und SPD

Frau Annette Widmann-Mauz, CDU

ist seit 2002 gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der CDU/CSU. Also solche war sie an den Verhandlungen zur Gesundheits"reform" aktiv beteiligt. Wacker stritt sie dabei vor allem für viel private Krankenversicherung.

Dem SWR-Fernsehen gab sie ein Interview, in dem sie die Ergebnisse dieser „Reform“ vertrat und ihr der Spruch über die Lippen ging, ihr politisches Handeln bei dieser Reform sei daran ausgerichtet, dass *starke Schultern mehr tragen müssen als schwache*.

Frau Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, SPD

war auch in ihrem Wahlkreis 291 (Tübingen) sehr rührig. So ließ sie sich vor der Verabschiedung von Gesetzen auf Schwächen in den gesetzlichen Vorhaben hinweisen und versprach, sich in Bonn/Berlin darum zu kümmern. Die Hartz-Gesetze oder die letzte Gesundheits"reform" waren gute Beispiele dafür. Leider konnte sie sich in ihrer Fraktion dann aber nicht durchsetzen. Auch bei den letztgenannten Gesetzen stimmte sie im Parlament dann dennoch zu. Anschließend aber wagte sie sich in die Höhlen des/r Löwen. Beispielsweise ging sie zu den Arbeitslosen in Tübingen und reagierte auf vorgetragene Details ganz überrascht. Ja, das habe der Gesetzgeber so natürlich nicht gewollt usw., usw., sie werde sich darum kümmern. Bei einer Veranstaltung von DGB und SPD in Rotenburg erlebten die Anwesenden dieses Verhalten in gleicher Weise: ja, wenn das zur Gesundheits"reform" so ist, das geht natürlich nicht; ich werde mich in Berlin dazu einbringen. Die Gesundheits"reform" mit all den erörterten Ungerechtigkeiten erhielt später im Bundestag dennoch ihre Stimme.

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

tems aber zeigt, dass es nur zu sehr kurzfristigen Verschnaufpausen kam (Schaubild 10). Und: der Begriff „Reform“ wurde so sehr von der Politik missbraucht, dass heute ein/e Arbeitnehmer/in schon bei Nennung des Wortes „Reform“ statt an Fortschritt oder wenigstens Verbesserung nur noch an Leistungsabbau, an persönliche Verschlechterungen, denken kann.

Das gesellschaftliche Krebsgeschwür Namens Pharmaindustrie

Ungeheuerlich. Die Pharmaindustrie erzielte beispielsweise in 2002 eine Netto-Umsatzrendite von 10,08 % (die Branchen Chemie 4,44 %, Software 4,25 %, Automobil/Pkw 3,40 %, Logistik 1,63 %, Einzelhandel 0,59 %) ⁴⁸. Vor allem diese Pharmaindustrie verhinderte die bei den vielen Tausend (überflüssigen) Medikamenten überfällige Positivliste für Medikamente; nicht einmal die bescheidene Negativliste konnte sich erhalten. ⁴⁹ Ungeheuerlich, dass diese Pharmaindustrie nach dem „Gesundheitsmodernisierungsgesetz“ mit ganzen 5,5 Mrd. € belastet werden sollte (dann, nach einem Gespräch mit dem Kanzler, sogar noch um eine Milliarde € reduziert), also in der Höhe nicht einmal 10% dessen, was den Versicherten (mit 57 Mrd. €) zugemutet und schmackhaft geredet wurde.

Der Schmidt/Seehofer-Konsens vom August 2003 sah vor – er gilt seit 1.1.2004 -, die Kassen nur noch „verschreibungspflichtige“ Medikamente zahlen zu lassen. Seit dies ernsthaft diskutiert wurde, überlegte die Pharmaindustrie Strategien zum Umgehen des gesetzgeberischen Willens. Und sie wurde wieder einmal fündig: Bisher verschreibungsfreie Medikamente wurden einfach ein wenig verändert, ihre Wirkstoffe anders gemischt. Seit Sommer 2003 stellten sie mehrere 1.000 Anträge auf Neuzulassungen bekannter Arzneien beim zuständigen Bundesinstitut. Das ist der wissenschaftlich begleitete Weg, um aus rezeptfreien Medikamenten rezeptpflichtige werden zu lassen – zur Mehrung des Gewinns und gegen die Versicherten und ihre Krankenkassen. ⁵⁰

Die Fa. Ratiopharm klärte die Ärzte darüber auf, wie verschreibungsfreie durch verschreibungspflichtige Arzneien ersetzt werden können: Statt des bekannten Schmerzmittels „Paracetamol“ verordne man/frau eben das rezeptpflichtige „Novaminsulfon“. ⁵¹ ...

Es klingt heute geradezu höhnisch, wenn der deutschstämmige Pharmapionier Georg Merck vor 100 Jahren sagte: „Medizin ist für Patienten, nicht für Profite.“

Die Heuchelei der Pharmaindustrie, ihr alleiniges Profitinteresse, belegen sie fast täglich ebenso mit ihren unerklärlich unterschiedlichen Preisen für dieselben Medikamente. Hier nur dieses Beispiel:

Das in Deutschland bekannte Medikament „Sortis“ dient der Senkung des Cholesterins. International heißt es „Lipitor“ und wird vom US-Riesen Pfizer vertrieben. Eine Tablette mit 40 mg Wirkstoffanteil kostet durchschnittlich in

USA	2,60 €	Kanada	1,87 €
Deutschland	2,25 €	Niederlande	1,85 €
Spanien	2,10 €	Schweiz	1,43 € ⁵²

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Auf die Frage, ob dem Pfizer-Riesen einmalig hohe Gewinnmargen von bis zu 30% nicht ausreichen, antwortete sein Chef Henry McKinnell u. a. so:

„Sicher, Pfizer ist ein hochprofitables Unternehmen, aber wir machen nur ungefähr halb so viel Gewinn wie etwa die Citigroup oder Microsoft.“⁵³

„Erfundene Krankheiten – Wie die Medizinindustrie Gesunde für krank verkauft“ titelte DER SPIEGEL, mit dem er in dem Bericht „Die Abschaffung der Gesundheit“⁵⁴ die Raffinessen darstellte, mit denen es gelingt, Menschen glauben zu lassen, sie seien ernsthaft krank:

- 72,2% aller werdenden Mütter gelten danach inzwischen als „risikoschwanger“, entsprechend niedrig die Zahlen normaler Geburten bzw. hoch die Zahlen der Kaiserschnitt-Geburten.
- Das Zappelphilipp-Syndrom (ADHS-Syndrom) bei Kindern grassiert nicht nur unter ihnen, sondern auch zwei Millionen Erwachsene sollen krankhaft überaktiv sein.
- Unter Osteoporose (Knochenschwund) sollen sechs Millionen Deutsche leiden, auch wenn sie sich in ihrem langen Leben noch keinen Knochen brachen.
- Cholesterin – eine abenteuerliche Geschichte besonderer Art. Auf geheimnisvolle Weise gelang es der cleveren Lobby vor einigen Jahren, die Grenzwerte so definieren zu lassen, dass Menschen mit „normalen“ Werten in der Minderheit sind, die mit „unnormalen“ Werten dagegen die Mehrheit stellen. Wie das? Bei 100.000 getesteten Menschen in Bayern wurde ein Durchschnittswert von 260 Milligramm pro Deziliter Blut ermittelt. Der Grenzwert aber wurde auf 200 festgesetzt.⁵⁵

Karl Lauterbach, MdB der SPD, vor allem aber einer der führenden Sozialexperten Deutschlands, dokumentiert mit seinem Buch „Der Zweiklassenstaat - Wie die Privilegierten Deutschland ruinieren“, wie nachhaltig (Sozial)Politik betrieben wurde, um

- die Besserverdienenden zu subventionieren,
- das gesetzliche Sozialsystem für die Besserverdienenden lukrativ zu halten, damit diese und ihre Lobby nicht noch aggressiver die Privatisierungshymnen blasen – zum Wohle der Versicherungen und ihrer Aktionäre.

Lauterbach behauptet und belegt u. a., dass unser Gesundheitssystem teuer, demütigend und aus Prinzip unsozial ist. „Unsere Gegner sind die Patienten.“ Die Private Krankenversicherung wird durch die Gesetzliche Krankenversicherung subventioniert, bereichert sich an ihr. ...

Wer dieses Buch noch nicht gelesen hat, sollte das schnellstens nachholen. Es sollte eigentlich Pflichtlektüre im Gemeinschaftskundeunterricht sein, um vor allem zu erfahren, wie gerade die nicht so gut Betuchten ausgebeutet, wie sie manipuliert werden und wie sich wehren müssten.

Nicht zuletzt: Politisch geduldet oder gar gewollt war die Frühverrentung. Betriebe befreiten sich von älteren Mitarbeitern/innen und die Arbeitslosenversicherung, anschließend die Rentenversicherung, zahlte. Natürlich ging dies ebenfalls zu Lasten der braven Beitragszahler/innen, also der Arbeitsplatzinhaber/innen und in die Lohnnebenkosten. ...

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Die missbrauchte „Demografie“

Zur Rechtfertigung von Sozialabbau dienten den Politikern/innen ständig Schlagworte von „Die Rente ist sicher“ bis „Eigenverantwortung stärken“ oder „Selbstbeteiligung“. In den letzten Jahren kam das Zauberwort „Demografie“ (Überalterung unserer Gesellschaft) hinzu.

Mit diesem Begriff Demografie wird erneut unfair Politik gemacht: Nicht, weil wir „überaltern“, sondern weil wir zu wenige Beitragszahler/innen und eine kinderlose Gesellschaft sind, haben wir die Finanzierungsprobleme in der Rentenversicherung. Weil in unserer Gesellschaft zu wenige Kinder geboren werden (seit Jahrzehnten wurden je Generation ein Drittel Kinder weniger geboren), kommen unsere Altersstrukturen durcheinander. Würden in Deutschland (wie beispielsweise in Frankreich) normal viele Kinder geboren, gäbe es auch keine „Überalterung“. Hätten wir weniger Arbeitslose, hätte die Rentenversicherung auch mehr Einnahmen (die Richtigkeit dieser Behauptung erweist sich gerade während der besseren Konjunktur in 2007).

Die „Überalterung“ nun aber auch noch den Älteren vorzuhalten, ist unsachlich und unfair; Ursachen und Wirkung werden (gewollt?) auf den Kopf gestellt. Schließlich wurde die Rentenreform 1957 (Umlagefinanzierung) so begründet: Die im aktiven Arbeitsleben stehenden Menschen finanzieren mit ihren Beiträgen die Renten der aktuellen Rentner/innen. Wir versprechen der jetzt zahlenden Generation, ihre Nachfolgegeneration wird ihre Rentenansprüche durch ihre Beitragszahlungen ebenso finanzieren – das war der „Generationenvertrag“.

Wenn sich heute die jüngeren Menschen dafür entscheiden, weniger/keine Kinder in die Welt setzen zu wollen, ist das eine Entscheidung, die in der Gesellschaft zunächst breit diskutiert werden müsste. Wichtiger Bestandteil dieser Diskussion hätte die Frage zu sein, ob sich die Jüngeren noch als Glied eines Generationenzusammenhangs begreifen oder nicht. Selbstverständlich gehört zu dieser Debatte die bisherige der steuerlichen Benachteiligung von Familien mit Kindern, die sonstigen Rahmenbedingungen (wie Beruf/Kinder, Ganztagschule u. a.). Folgt dann die Entscheidung, ja, wir wollen weniger/keine Kinder, kann und darf dies nur für ihre Zukunft gelten, denn die nun Rentner/innen zahlen schließlich konkret nicht für sich, sondern für ihre Vorgänger/innen in die Rentenversicherung ein und haben einen Anspruch auf Einlösung der ihnen gegenüber gemachten Versprechen (Vertrauensschutz) .⁵⁶

Im Klartext nochmals: Ursachen der Finanzierungsprobleme gibt es einige, eines davon ist die „Kinderlosigkeit“ - sie erst führt zur „Überalterung“, ist Konsequenz fehlenden Nachwuchses – und nicht umgekehrt. Dann ist politisch bitte auch in dieser Reihenfolge zu diskutieren und zu handeln.

Mit Schlagworten lullten Norbert Blüm oder Gerda Hasselfeldt, Horst Seehofer, Andrea Fischer, Walter Riester bis Ulla Schmidt zur Rechtfertigung höherer Rezeptgebühren, finanzieller Beteiligungen an einzelnen Medikamenten, Behandlungen/Massagen, Leistungstreichungen wie Sterbegeld usw., ein. Horst Seehofer begann seine Initiative zunächst wenigstens mit der Absicht, auch die Leistungserbringer/innen (Ärzte, Zahnärzte und Zahntechniker, Pharmaindustrie, Krankenhäuser, Masseur etc.) in die Pflicht zu nehmen, knickte aber sehr, sehr schnell ein und setzte den So-

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

zialabbau fort. Bessere Ideen entwickelte keine/r seine/r bzw. ihre/r Nachfolger/innen. Dabei wäre eine bessere gesundheitliche Versorgung durchaus finanzierbar.

Folgen der Gesundheits“reformen“

Nur einer der „Erfolge“ des ominösen Gesundheitsmodernisierungsgesetzes 2004: Wegen der Streichung des Sterbegeldes verzögern Beerdigungen sich teilweise um viele Monate. Mittellose, bedürftige Menschen müssen oft mit den Sozialämtern um die Kostenübernahme von Beerdigungen erbittert streiten, weil die Ämter natürlich erst gründlich in alle Richtungen prüfen müssen, ob ... Da das dauert, stapeln sich die Leichen in den Kühlkabinen vieler Bestatterfirmen bzw. Krematorien. Ethische oder auch hygienische Gesichtspunkte bleiben dabei auf der Strecke. ...⁵⁷

Die Apotheker/innen als Teil dieses Gesundheitswesens partizipieren an ihm selbstverständlich ebenfalls – und gut. Trotz aller Klagen und Demonstrationen der Apotheker/innen: „Deutschlands Apotheker fahren im Durchschnitt einen Gewinn von über 100 000 Euro jährlich ein – und das bei einer Apothekendichte, die zu den höchsten der Welt zählt.“ stellt der SPIEGEL fest.⁵⁸ Er führt u.a. aus: „Offenbar ... werden in Deutschlands Apotheken massenhaft hochpreisige Medikamente von Originalherstellern bei den Kassen abgerechnet und andere Pillen aus günstigeren Quellen an die Patienten abgegeben.“ Der Schaden belaufe sich für die Krankenkassen (und damit für die Versicherten als Beitragszahler/innen) auf mehrere Hundert Millionen Euro.

Mit ihrer starken Lobby schafften es die Leistungserbringer immer schnell, ihre Interessen zu wahren. Die Krankenhäuser blieben ebenso verschont wie alle anderen. Das, obwohl Fakt ist, dass durch jeden neu zugelassenen Arzt die Verschreibungsflut zunahm und zunimmt: Kamen 1953 auf einen Arzt 717 Einwohner/innen, waren es 2002 nur noch 276.⁵⁹ Die Zahl der Ärzte vervierfachte sich seit 1953 in Baden-Württemberg. Und da jeder neu zugelassene Arzt leben, gut leben will, sorgen sie durch viele Untersuchungen und Verschreibungen dafür, dass ihr Ziel erreicht wird. Das mittelalterliche, unsägliche System der Zahn/-Kassenärztlichen Vereinigungen hilft hierbei.

Zwischenruf: Die „Reformen“ der letzten Jahrzehnte hatten nicht nur zweifelhafte Erfolge. Sie waren vor allem dazu angetan, in besonderer Weise die Versicherten auf verschiedene Art und Weise (durch Leistungskürzungen bzw. –streichungen, höhere Zuzahlungen etc.) zu belasten. Die Leistungserbringer (Krankenhäuser, Zahn-/Ärzte) oder die Pharmaindustrie dagegen wurden geschont. Vor allem wurde den Privatversicherungen zugearbeitet und damit den Aktionären. Lauterbach: Die nicht so gut Betuchten subventionieren die besser Betuchten, die sich privat krankenversichern ...

Auf der Lösungssuche.

Für Steuerehrlichkeit und -gerechtigkeit streiten.

Das Steuerrecht vor allem und endlich vereinfachen! Das System der steuerlichen Betriebsprüfungen Schritt für Schritt so ausbauen, dass die Betriebe im Durchschnitt

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

nicht – wie heute im Bundesdurchschnitt – alle 55 Jahre, sondern im Schnitt alle 10 Jahre mit dem Besuch eines/r Betriebsprüfers/in rechnen müssen. Schwarzarbeit eindämmen. Der Kapitalflucht kreativ das Wasser abgraben. Jegliche Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen. Den Leistungserbringern im Gesundheitswesen (Ärzten, Zahnärzten, Krankenhäusern, Chefärzten an Uniklinika etc.) ihre Pfründe nehmen. Der Pharmaindustrie beibringen, dass das Gesundheitswesen vor allem aus Menschen und nicht dem schnöden Mammon Geld besteht (Medizin soll Menschen heilen und nicht die Geldgier befriedigen). Freiberufler/innen (Ärzte/innen, Rechtsanwälte/innen, Architekten/innen, Beamte/innen etc.) in die Beitragspflicht zur gesamten Sozialversicherung aufnehmen.

Würden diese Visionen – Warum eigentlich Visionen? -, besser: Würden diese konkreten Ansprüche Wirklichkeit, hätten die Politiker und Politikerinnen sicher eine Herkulesaufgabe zu bewältigen. Sie lohnte sich allerdings – nicht nur der größeren Gerechtigkeit wegen:

- Der Staat verfügte über beachtlich mehr Geld. Er könnte viele dringende Infrastrukturmaßnahmen durchführen, beispielsweise Sanierungsarbeiten an Kindergärten, Schulen/Universitäten, Krankenhäusern usw. Er hätte Geld für Ganztageschulen. Er könnte und soll jegliche Bau- und Sanierungsmaßnahmen so angehen, dass mit Energie sparsam umgegangen, die Umwelt geschont wird. Er bräuchte nicht immense Schulden machen. Er hätte Geld für ... und wäre ein verantwortungsbewusster, starker Staat.
- Das Sozialversicherungssystem verfügte ebenfalls über mehr Einnahmen. Es könnte so ruhiger, vor allem ehrlicher/sachlicher, auf die Folgen der älter werdenden Gesellschaft vorbereitet werden. Die hier entstehenden Erfolge gäben dem System kurz- bis mittelfristig eine Verschnaufpause. Logisch, nicht mehr. Die Beitragszahler/innen werden schließlich auch künftig nicht mehr. Der Erweiterung der Beitragspflicht für die Freiberufler/innen folgen nach einer gewissen Wartezeit ebenfalls Ansprüche. Also hat diese Erweiterung des versicherten Personenkreises nur die Wirkung eines günstigen Kredites, der später mit Zins und Zinseszins zurück zu zahlen ist.

Dem Gesundheitswesen „Gute Besserung!“

Wir können es drehen und wenden wie und so lange wir wollen, letztlich landen wir nach der Analyse immer wieder an dem Punkt zu geringer Einnahmen bei den Steuern oder Sozialversicherungsbeiträgen. Ja, konjunkturelle Entwicklungen beeinflussen die Einnahmen nennenswert. Wegen fehlender Gelder aber mit dem Mittel von Leistungskürzungen etc. herumzudoktern, kann langfristig nicht von Erfolg gekrönt sein (wie die Arbeits- und Sozialminister/innen für das Gesundheitssystem beweisen). Sicher, kurze Zeit wirken diese Maßnahmen auf der Ausgabenseite. Allerdings eben nur sehr kurzfristig (Schaubild 10). Das ist logisch, denn nicht die Ausgaben sind „explosionsartig gestiegen“, wie immer wieder und dennoch fälschlich behauptet wird. Vielmehr entwickeln sich überall die Einnahmen nicht im erforderlichen Umfang. Das ist ebenfalls logisch, denn Arbeitslose zahlen keine Steuern und Beiträge ...

Wenn es richtig ist, dass wir vor allem Einnahmeprobleme haben, müssten doch eigentlich sogar Politikern/innen begreifen, dass der Therapieansatz ebenfalls bei den Einnahmen (Steuern, Beiträgen) und nicht bei den Ausgaben erfolgen muss. Begrei-

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

fen sie aber nicht, weil sie beratungs- und erkenntnisresistente sind oder politisch nicht wollen.

Wahr ist ebenso: Hätten wir die Massenarbeitslosigkeit nicht, gäbe es vier bis sechs Millionen Beitrags- und Steuerzahler mehr, ein höheres Bruttoinlandsprodukt und folglich keine hohen Ausgaben für Arbeitslosengeld/-hilfe oder Sozialhilfe bzw. inzwischen Alg II. Wir hätten keine Finanzierungsprobleme, nicht einmal der „Demografie“ wegen.

Unser Gesundheitswesen schreit geradezu nach Reformen. Die schlechteste Lösung aber wäre, jetzt noch mehr Beitrags- oder Steuergeld in dieses System zu pumpen. Bevor hieran auch nur gedacht werden kann, sind seine Strukturen zu reformieren:

- Abschaffung der mittelalterlichen Ständeorganisationen der Kassenärztlichen Vereinigungen der Zahnärzte und der Ärzte als Abrechnungsstellen zwischen Zahn-/Ärzten und Krankenkassen.
- Das Krankenhauswesen so gestalten, dass die Beitragszahler/innen bzw. die Krankenkassen als Kostenträger ein echtes Mitbestimmungsrecht bei deren Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung haben.
- Die Pharmaindustrie zu gesellschaftsverträglichem Verhalten zwingen.
- ...
- ...

Würden zusätzliche Gelder vor solchen Reformen in das Gesundheitssystem fließen, versickerten sie lediglich in dem Dschungel an Korruption und Bereicherung (oben wurde sein maroder Zustand dargestellt). Erst durch solche Strukturveränderungen hätte das deutsche Gesundheitssystem eine Chance auf „Gute Besserung“.

Allgemeine Finanzierungsstrukturen wieder auf eine gesunde Basis stellen.

Wünschenswert ist diese Lebensphilosophie: Ja, der technologische Wandel ersetzt menschliche Arbeitskraft, teilweise sogar hervorragend. Der aus seinem Einsatz entstehende Vorteil kommt allen zu Gute: Aus dem Ertrag, gleichgültig, ob er durch menschliche Arbeitskraft oder den Einsatz von Bio-, Nano-, Elektrotechnik/Mikroelektronik oder welcher neuen Art auch immer erzielt wird, dient als Berechnungsgrundlage für die erforderlichen Steuern und Beiträge zur Finanzierung des gesellschaftlichen Bedarfs – Erhalt und Ausbau der Infrastrukturen – sowie der Aufwendungen für die Sozialversicherungssysteme. Von den Umsatzerlösen werden die Geschäftskosten abgezogen; auf den verbleibenden Betrag zahlen alle X% an Steuern und Beiträgen.

So stünde Geld zur Verfügung, um den Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft gesellschaftsverträglich zu gestalten. Die Politik müsste sich nur endlich aufraffen, das ihr zustehende Primat der gesellschaftlichen Gestaltung aufzugreifen und Vorgaben zu machen. Mit politischer Bestimmung der Rahmenbedingungen könnten die gesellschaftlichen Veränderungen so ablaufen, dass die Menschen nicht unter die Räder geraten und der Staat erhält, was seines ist.

Warum aber handelt die Politik seit Jahren oder gar bereits seit Jahrzehnten nicht entsprechend?! Warum greift sie sich ständig das schwächste Glied in der Kette

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

heraus? Warum ignoriert, missachtet sie fortgesetzt ihre Aufträge aus dem Grundgesetz?

Das Bildungswesen

Von je 100 Kindern von Akademikern studieren später 83, von Nichtakademikern nur 23. Die soziale Herkunft der Studierenden entscheidet immer ausgeprägter über das Studium:

Die soziale Herkunft der Studierenden in Deutschland		
1982	gesellschaftliche Schicht	2006
17%	hoch	38%
26%	gehoben	24%
34%	mittel	25%
23%	niedrig	13%

Quelle: Deutsches Studentenwerk, Sozialerhebungen

„Während manche in FDP und Union damit liebäugeln, die Erbschaftssteuer zu streichen, haben dieselben Politiker kein Problem damit, von Studenten Gebühren zu verlangen. Für Kinder aus Arbeiterfamilien sind die Gebühren eine zusätzliche Hürde.“
war in der *Süddeutschen Zeitung* vom 20.6.07 zu lesen. Treffend formuliert, wie die obigen Zahlen der Entwicklungen zwischen 1982 und 2006 belegen.

Zutreffend deshalb auch der Kommentar des Präsidenten des Deutschen Studentenwerks, Rolf Dobischat, wenn er im Interview sagte:

„Auch die Hochschulen sind mittlerweile – zugespitzt gesagt – eine Einrichtung für Kinder aus Beamten- Ärzte- und Anwaltsfamilien, wo die Eltern akademische Abschlüsse haben.“
Dabei habe nicht nur die Politik versagt. „Nein, auch die Wirtschaft steht im Wort: Die Industrie hat nach dem Fall des Studiengebühren-Verbots 2005 reichlich Stipendien zugesagt, doch nur zwei Prozent der Studierenden bekommen derzeit eins. Die Arbeitgeber haben ihre Versprechen nicht gehalten.“

DER SPIEGEL Nr. 26/25.6.2006, S. 17

Seit mehr als zehn Jahren gibt es Untersuchungen der Schulsysteme und ihrer Effektivität im internationalen Vergleich. Die OECD-Untersuchung PISA erfuhr endlich in der Öffentlichkeit die notwendige Aufmerksamkeit. Viele weitere Studien folgten, von der OECD, der UNO, auch der EU. Hat sich im deutschen Bildungssystem seither etwas nachhaltig geändert? Leider, leider nein, denn auch die aktuellen Untersuchungen bescheinigen uns blamable Ergebnisse und werden von den betroffenen Politikern (Beispielsweise Kultusminister Rau) einfach fachlich kritisiert, statt sich mit den Inhalten konsequent auseinanderzusetzen.

„**Notstand an Schulen** – Viele Jugendliche haben Probleme mit Lesen und Schreiben“
überschrieb die *Südwest Presse* am 10.10.07 einen Bericht über den neuesten Jahresbericht der EU. „Wenn Europa in Zukunft in der ersten Liga mitspielen wolle, dann müssten ‚die Mitgliedsstaaten ihre Anstrengungen verdoppeln‘, mahnte EU-Bildungskommissar Jan Figel“ heißt es weiter. Nur – wieder einmal - Finnland, Irland und die Niederlande hätten bei der Bestandsaufnahme gut abgeschnitten.

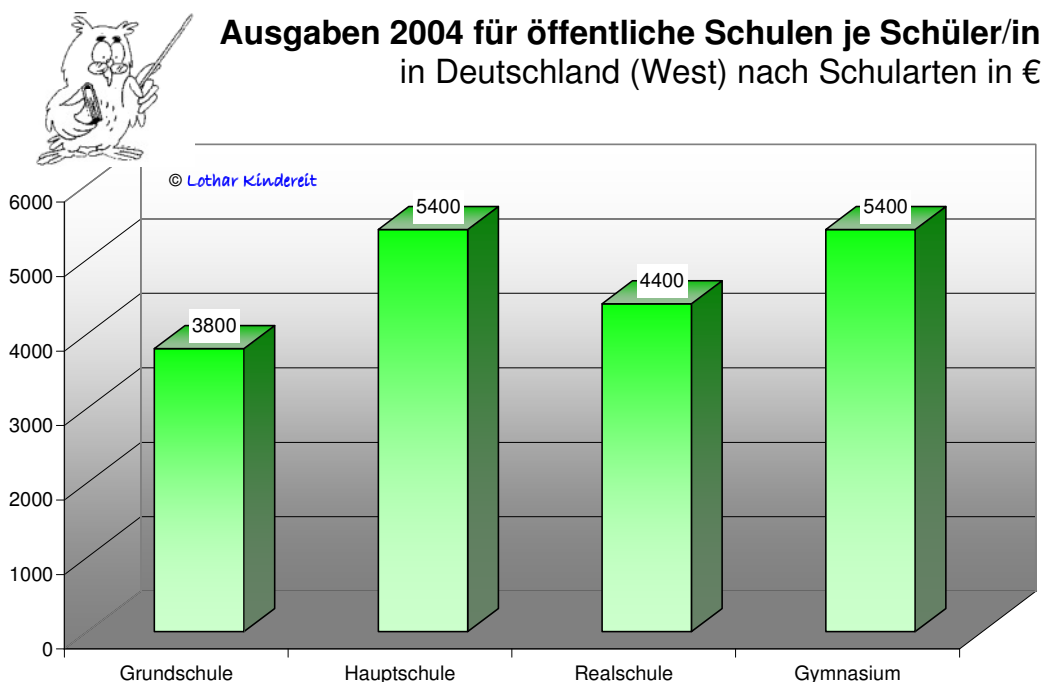
... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Die Industrienation Deutschland, die so sehr vom Export abhängig ist, schafft einfach keine wirklichen Reformen am verstaubten Bildungssystem, um wenigstens allmählich einen besseren Platz in der internationalen Bewertungsskala zu erlangen und sich den Anforderungen an die Zukunft besser zu stellen.

Unsere Politiker/innen scheinen wirklich nicht nur beratungs-, sondern ebenso erkenntnisresistent zu sein. Mag zu kaiserlichen Zeiten unser dreigliedriges Bildungssystem der Zeit entsprochen haben. Inzwischen ist es für unsere Kinder und ihre Entwicklung schädlich, für unsere Wirtschaft in der Folge ebenfalls. Das erfuhren unsere Bildungspolitiker/innen bereits nach der ersten PISA-Studie, die sie zum Anlass umfangreicher Reisen in die Länder mit den besten Ergebnissen vornahmen. Egal, in welchem Land sie sich informierten, immer reagierten sie abweisend, wenn auf ihre Fragen nach dem Gründen des besseren Abschneidens geantwortet wurde, sie führten das auf die ganztägige Begleitung der Kinder und die durchgängigen Schulsysteme zurück. Völlig allergisch reagierten sie auf die Hinweise der Vorteile von Gesamtschulen (wie in Finnland). ...

Richtig simpel erscheint es, wenn die deutschen Kultuspolitiker/innen nach dem Erscheinen internationaler Studien in einen Wettbewerb eintreten, wer in Deutschland aber dennoch gut ist, Bayern, Baden-Württemberg oder wer? Mehrere finanzschwache Unternehmen zusammengelegt ergeben doch kein finanzstarkes Unternehmen, mehrere Kranke ergeben keinen Gesunden. Das aber zu erkennen und entsprechende Reformprozesse auf den Weg zu bringen, scheinen sie unfähig zu sein.

Schaubild 11



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

PISA-Studien ergaben, dass diejenigen Länder, die jeweils Spitzenplätze in der Wertung belegten, selbstverständlich die höchsten Ausgaben je Schüler/in bei den Anfängen des Lernens haben. Das versteht sich doch eigentlich wohl auch von selbst. In der Vorschule, spätestens in der Grundschule müssen die Grundlagen gelegt werden, um junge Menschen zu befähigen, richtig lernen zu können - lernen zu lernen.

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Wie aber sieht es damit in Deutschland aus? In den vergangenen Jahren wurde am meisten Geld für Gymnasiasten ausgegeben, gefolgt von den Hauptschülern/innen (es ist neu, dass sie in 2004 auf gleichem Niveau mit den Gymnasiasten liegen), dann von den Realschülern/innen. Für die Grundschülern/innen wurde und wird bisher am wenigsten von unserem Steuergeld ausgegeben (Schaubild 11). Ein Skandal ersten Ranges. Ein starker Beweis dafür, dass in Deutschland bewusst Klassenpolitik betrieben, dass diskriminiert wird. So werden wir – Dank „unserer“ Politiker/innen – gewiss keine guten Zukunftsperspektiven entwickeln, für die jungen Menschen aus einfachen und mittleren gesellschaftlichen Schichten nicht, für Deutschland als Wirtschaftsstandort nicht.

Schlussbemerkungen

Mit dieser Arbeit ist belegt, dass die politisch Zuständigen/Verantwortlichen der Legislative und der Exekutive ihr Handeln absolut nicht „zum Wohle des Volkes“ ausrichteten. Ganz im Gegenteil, wissentlich wird die so genannte Öffentlichkeit unrichtig informiert, um privaten Interessen von Versicherungen, Aktionären, Besserverdienenden etc. gefällig sein zu können. Das aber sind eindeutig massive Verstöße gegen die Auflagen des Grundgesetzes, die jede/r Politiker/in sowie jede/r im Staatsdienst befindliche Beamte/in nicht nur zu beachten, sondern in jegliches Handeln einzubeziehen hat. Die Weiterentwicklung des Sozialstaatsgebotes des Art. 20 (1) GG im Sinne vom mehr Gerechtigkeit ist ständige Aufgabe. Verstöße hiergegen sind mit dieser Arbeit insbesondere in folgenden Bereichen nachgewiesen:

- Die nicht „ordnungsgemäße Verwaltung“ (Art. 104a [5] GG) bei den Kontrollen zum Steuerrecht bedingt erhebliche Verstöße gegen Gleichbehandlungsgrundsätze sowie der Steuerehrlichkeit und –gerechtigkeit. Während dem abhängig Beschäftigten jeder Cent vom Lohn/Gehalt abgezogen wird, er/sie ggf. die Lohnsteuer zwei Mal zu zahlen hat, sind die Kontrollsysteme bei den steuerlichen Betriebsprüfungen, der Bekämpfung illegaler Beschäftigung, dem Umsatzsteuerbetrug, der Wirtschaftskriminalität usw., usw. funktionsuntüchtig.
- Die seit Jahrzehnten sozial völlig einseitigen Entscheidungen gegen die Versicherten der Sozialsysteme sowie die vielen finanziellen Belastungen durch „Fremdleistungen“ führen zu einer Verzerrung, die die Systeme erst in beträchtliche finanzielle Schieflagen brachten. Vor allem aber werden die bisherigen Arbeitsplatzinhaber/innen völlig unangemessen belastet. Hier wurden und werden nicht sachlich notwendige „Deckungsbedürfnisse“ finanziert und eine „Überbelastung der Steuerpflichtigen“ vermieden; „Verschiebebahnhöfe“ wurden zur Finanzierung fremder Aufgaben eingerichtet. Damit werden die schwachen Schultern dieser Gesellschaft erheblich stärker als die stärkeren belastet (siehe eindrucksvoll: Lauterbach). Ein massiver Verstoß gegen Artikel 106 (3) Ziff. 2 GG liegt vor.
- Alles in allem liegen gravierende, nachhaltige Verstöße gegen Artikel 20 (1) GG vor, was in dieser Massivität nicht hingenommen werden kann. Es kann nicht sozialer Politik nach den Maßstäben des Grundgesetzes entsprechen, wenn eben mit dieser Politik allein von 1996 bis 2005 bei den
 - ärmsten 10 % der Bevölkerung ein Minus von 4,6 % des Nettoeinkommens (von 484 € auf 462 €) erfolgte,
 - reichsten 10 % der Bevölkerung im gleichen Zeitraum aber ein Plus von 10 % des Nettoeinkommen (von 306 € auf 3366 €)zu registrieren ist, wenn das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

- 1995 zu 44,5 %, 2000 zu 43,1 % und 2006 zu 40,5 % aus Nettolöhnen und Gehältern,
- 1995 zu 31,2 %, 2000 zu 30,8 % und 2006 zu 33,8 % aus Nettogewinn- und Vermögenseinkommen

bestand (DER SPIEGEL Nr. 43/2007, S. 28 - Grafik).

Hier ist einzuschreiten, zu korrigieren, auch durch die Rechtsprechung. Sie muss den Gesetzgeber anhalten, insbesondere die grundgesetzlichen Aufgaben wirklich in ihr Handeln eingehen zu lassen, den Sozialstaatscharakter zu realisieren.

Natürlich lässt sich zu den vorgetragenen Argumenten einwenden, die politischen Entscheidungen seien über die Jahre von den Wählerinnen und Wählern, dem Volkssouverän, bei den Wahlen jeweils bestätigt worden, weshalb die Gerichte nicht korrigierend eingreifen könnten. Dem kann aus zwei Gründen nicht gefolgt werden:

1. Die Wähler/innen sind nicht so mündig, wie politisch Interessierte auch nur zu gegebener Zeit gern behaupten. Sie werden durch die Medien, durch psychologische Kaufbeeinflussung, durch Sprüche der Politiker/innen usw. manipuliert. Viele Bürger/innen wissen bei den Wahlen doch nicht einmal, was/wen sie mit welchen Kompetenzen wählen. Wie sollen sie dann einen fundierten Überblick über komplizierte Fachbereiche besitzen! Auch der kritische Verfasser dieser Arbeit entnahm dem Buch „Der Zweiklassenstaat“ von Lauterbach einige ihm neue Erkenntnisse.
2. Wenn ich die Bürger/innen von Schuld weitestgehend freizusprechen sind, bleiben sie natürlich aufgerufen, die Sprüche, die Phrasen der Politiker/innen zu durchschauen, nicht auf den Leim hereinzufallen.
3. Die Auflagen des Grundgesetzes gelten gegenüber und für jedermann/-frau. Insbesondere unsere Gerichtsbarkeit hat auf ihre Einhaltung zu achten. Das Bundesverfassungsgericht tut dies in etlichen Bereichen hervorragend, nicht nur im Steuerbereich. Die Sozialgerichtsbarkeit ist aufgerufen, das System der Sozialversicherungen vor unsachgemäßen Angriffen und damit seiner Zerstörung zu bewahren.

Sie, die „Ich“-Denker/innen und vor allem die Politiker/innen der Legislative und der Exekutive versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes. Der dadurch bereits entstandene Schaden ist gewaltig. Die Verdrossenheit an den Politikern/innen oder die hohe Zahl der Nichtwähler/innen beweisen es. Dadurch aber nimmt die Demokratie Schaden – sie verliert ihre Verteidiger. Wie im Steuerrecht teilweise bereits geschehen, so muss die Gerichtsbarkeit auch die hier aufgezeigten Bereiche im Sinne des Grundgesetzes schützen.

Zwar bin ich nun mit 65 Jahren Rentner geworden. Da ich eine längere Lebenserwartung habe, darf ich diese Gesellschaft nicht sich selbst überlassen (nicht einmal die SPD vertritt schließlich noch meine Interessen). Also muss und will ich weiterhin für einen sozialen Rechtsstaat streiten, der diesen Namen auch verdient.

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

¹ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Nr. 3/März 2004, S. 22, Sp. 1.

² Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Nr. 10/Okttober 2003, S. 35 f.

³ DER SPIEGEL Nr. 8/2004, Schaubild S. 69.

⁴ Art. 106 (3) Ziff. 2. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG)

⁵ Nr. 39/2004 vom 22. September 2003, S. 103

⁶ BVerfG-Urteil vom 27. Juni 1991 – 2 BvR 1493/89; BStBl II 1991, S. 654 ff.

⁷ Südwest Presse, 19. November 2004

⁸ Der **DGB** – Bezirk Baden-Württemberg und die Region Neckar-Alb – haben hierzu mehrfach Untersuchungsergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt, zuletzt der **DGB** der Region Neckar-Alb im November 2002.

⁹ Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berlin.

¹⁰ Am 1. September 1999 auf dem Rottenburger Marktplatz bei den Aufzeichnungen zur Sendung „Ländersache“ des SWR (gesendet am 2.9.1999).

¹¹ Am 26. Oktober 2003 schrieb ich Finanzminister Stratthaus. Eigentlicher Anlass war zwar der Bericht des Bundesrechnungshofes über den Steuerbetrug bei der Umsatzsteuer vom 3. September 2003. Da dort ausgeführt wurde, die Zusammenarbeit mit den Länderbehörden gestalte sich unbefriedigend, fielen mir zusätzlich die erheblichen Mängel im System der steuerlichen Betriebsprüfungen ein. Also forderte ich ihn auf, eine funktionsfähige Finanzverwaltung sicherzustellen, damit er nicht so viele Schulden (für 2004 plant er eine Neuverschuldung von rund 2 Mrd. €) machen müsse etc. (siehe weiter unten). Reaktion? Schon am 11. Februar 2004 wurde vierseitig geantwortet: Vielen Dank, alles paletti, wir sind dran, wir machen das schon ordentlich, sind im Übrigen besser als andere Länder.

¹² Süddeutsche Zeitung, 19./20. April 1997 (Artikel „Betriebsprüfer arbeitet zu gründlich“)

¹³ Bundesrechnungshof, a. a. O., S. 31.

¹⁴ *Denkschrift 1997*, II. Allgemeines und Organisation, Die effektive Steuerbelastung von Beziehern hoher Einkünfte“, S. 27.

¹⁵ a. a. O., S. 28.

¹⁶ a. a. O., S. 29.

¹⁷ Der Bericht - nach § 99 BHO erstellt - wurde der Öffentlichkeit am 3. September 2003 vorgestellt.

¹⁸ Der Bundesrechnungshof ging auf den kriminellen Steuerbetrug in seinen Jahresberichten wiederholt ein, auch mit der „Unterrichtung“ des Bundestages, Bundestags-Drucksache 14/4226, Nr. 68.

¹⁹ Bundesrechnungshof, Bericht *Steuerausfälle bei der Umsatzsteuer durch Steuerbetrug und Steuervermeidung – Vorschläge an den Gesetzgeber* –, S. 14

²⁰ Bundestags-DS 14/4226, Nr. 68

²¹ Bundestags-DS 14/4226, Nr. 72

²² S. 35 bzw. 236

²³ a. a. O., Teil II, Ziff. 74.0, S. 236

²⁴ Südwest Presse, „Steuertricks der Großen“, 3.2.1999

²⁵ Kleine zusätzlich Posse am Rande: dies alles kam durch einen Leserbrief der Ex-Schwägerin von Herrn Schrepp in der *Badischen Zeitung* in die Öffentlichkeit, offensichtlich – wie so oft - wegen Krach in der Familie. ... Gemein, wer Böses dabei denkt.

²⁶ „DaimlerChryslers erfreuliche Erblast“, 17. März 1999

²⁷ Südwest Presse, „Daimler warnt Bonn“, 16.3.1999

²⁸ Ausführlicher: **DGB** Bundesvorstand, Abt. Wirtschaftspolitik: „Verteilungsbericht 2003 – Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer setzt sich fort.“ in Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik 04/03 – 28.11.03.

²⁹ „Bericht der Kommission: Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaften und Betrugsbekämpfung – Jahresbericht 2002“

³⁰ DER SPIEGEL Nr. 15 vom 18.3.2002, S. 22 ff.

³¹ a. a. O., S. 37 f.

³² Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG), § 197a SGB V

³³ DER SPIEGEL Nr. 51 vom 15.12.2003, S. 56

³⁴ a. a. O., S. 57, Sp. 2

³⁵ G+G Gesundheit und Gesellschaft, Das AOK-Forum für Politik, Praxis und Wissenschaft, Ausgabe 6/2002, S. 3

³⁶ wie vor, S. 22 ff.

³⁷ Am 5. November 2002 fragte der Verfasser den Verwaltungsrat und Vorstand der AOK Baden-Württemberg schriftlich und unter Hinweis auf den G+G-Bericht, was die AOK Baden-Württemberg „gegen Falschabrechnungen, Bestechung, Vorteilsnahme – Korruption im Gesundheitswesen – im Land“ unternimmt sowie warum es im Land „noch keine ‚Task Force‘ zur Bekämpfung/Verhinderung der Korruption“ ähnlich wie in Niedersachsen gibt.

... und versündigen sich fortgesetzt an den Aufträgen des Grundgesetzes.

Der Vorstandsvorsitzende der AOK Baden-Württemberg antwortete mit Schreiben vom 22.11.2002, die Abrechnungsprüfungen nehmen die 38 Bezirksdirektionen vor, wobei die „Gesamtsteuerung der Abrechnungsprüfung“ der Hauptverwaltung unterliegt. Gibt es bei Plausibilitätsprüfungen Verdachtsmomente „auf Abrechnungsmanipulation oder Betrug“, wird neben der Geltendmachung von Schadensersatz auch die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Kurz und gut, das vorhandene System erübrige eine eigenständige „Task Force“ nach dem Vorbild Niedersachsen. Der Verwaltungsrat – das Gremium der Selbstverwaltung – reagierte trotz Erinnerung und Zusatzfragen (vom 4.12.02) bis heute nicht.

³⁸ Werner Rügemer: „Lecken und kleben“ in **werden** 2003/2004 (Jahrbuch des DGB), S. 48

³⁹ a. a. O., S. 49

⁴⁰ a. a. O., S. 52

⁴¹ 9. Dezember 2003, S. 3

⁴² a. a. O., Sp. 1, Abs. 2

⁴³ Im August 2002 führte der **DGB**, Region Neckar-Alb, hierzu eine Öffentlichkeitskampagne durch. Am Mediengespräch im Tübinger Presseclub nahmen die Personalratsvorsitzenden der vier Universitätsklinika im Land teil.

⁴⁴ Landtagsdrucksachen 11/4018, 12/3298, 13/767, 13/1305 sowie Schreiben des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg an den Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg vom 9. September 2002.

⁴⁵ Gesetzblatt für Baden-Württemberg, z. B. vom 30. September 1998: Verordnung des Innenministeriums über die Erhöhung der Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Bürgermeister und Ortsvorsteher von 1998, vom 2. September 1998 (S. 551).

⁴⁶ a. a. O., GBl. vom 19. Dezember 2003, S. 725.

⁴⁷ a. a. O., § 3 (für 2003) und § 4 (für 2004), S. 725 f.

⁴⁸ DER SPIEGEL Nr. 31 vom 28.7.2003, S. 27

⁴⁹ Sie ist nach dem „Konsens“-Papier Seehofer/Schmidt vom August 2003 ausdrücklich nicht mehr gewollt.

⁵⁰ DER SPIEGEL Nr. 52 vom 20. Dezember 2003, S. 50

⁵¹ a. a. O., Sp. 3

⁵² DER SPIEGEL Nr. 50 vom 8.12.2003, Grafik S. 102

⁵³ a. a. O., S. 102, linke Spalte.

⁵⁴ DER SPIEGEL Nr. 33 vom 11.8.2003, S. 116 ff.

⁵⁵ a. a. O., S. 122 f.

⁵⁶ Ausführlicher und überzeugend hierzu Susanne Mayer: „Her mit den Kindern!“ in DIE ZEIT Nr. 11 vom 4. März 2004, S. 18

⁵⁷ Seinen Bericht zu Bestattungen leitet der SPIEGEL so ein: „Stau auf dem letzten Weg - Seit der Streichung des Sterbegelds verzögern sich Beerdigungen. Weil Angehörige um die Kostenerstattung kämpfen, stapeln sich die Leichen in Kühlkabinen.“ - DER SPIEGEL Nr. 25 vom 14.6.2004, S. 54.

⁵⁸ DER SPIEGEL Nr. 24 vom 7. Juni 2004, S. 84.

⁵⁹ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, *Statistische Berichte Baden-Württemberg*, Gesundheitswesen, A IV 1-j/02 vom 11.11.2003